



# Stadt Biel Ville de Bienne

Ratssekretariat  
Secrétariat parlementaire

## 4. Stadtratsprotokoll / 4<sup>e</sup> procès-verbal du Conseil de ville

**Sitzung vom Mittwoch, 17. April 2024, 18.00 Uhr**

**Séance du mercredi 17 April 2024 à 18h00**

**Ort: Stadtratssaal in der Burg**

**Lieu: salle du Conseil de ville au Bourg**

---

### **Anwesend / Présents:**

Arnold Niels, Boly Kady, Bord Pascal, Briechle Dennis, Bucher Juliet, Cacciabue Anna Louise, Celik Pir Chè, Clauss Susanne, De Maddalena Daniela, Eggimann Roman, Eggli Roland, Gerber Andreas, Hamdaoui Mohamed, Kilezi Ruth, Koller Levin, Leuenberger Bernhard, Loderer Benedikt, Magnin Nadia, Maurer Stefan, Moeschler Marie, Molina Franziska, Müller Lukas, Oberle Fabio, Paronitti Maurice, Rindlisbacher Hugo, Rodriguez Ugolini Julian, Roquet Hervé, Rüber Stefan, Scherrer Jürg, Scheuss Urs, Schiess Christophe, Schneider Sandra, Schneider Veronika, Schor Alfred, Sprenger Titus, Steinmann Alfred, Stocker Julien, Stolz Joseline, Suter Daniel, Sutter Andreas, Tanner Anna, Tennenbaum Ruth, Tonon Ariane, Torriani Latscha Isabelle, van der Meer Marion, Varrin Océane, Wächter Olivier, Weber Philippe, Widmer Patrick, Wiederkehr Martin, Zumstein Joël

### **Entschuldigt / Absence(s) excusée(s):**

Arnold Marc, Augsburg-Brom Dana, Francescutto Luca, Gloor Yannick, Heiniger Peter, Lehmann Caroline, Roth Myriam, Schlup Nina, Wendling Cécile

### **Vertretung des Gemeinderates / Représentation du Conseil municipal**

Fehr Erich, Stadtpräsident

Gemeinderätinnen und Gemeinderat: Feurer Beat, Frank Lena, Gonzalez Bassi Glenda, Pittet Natasha

### **Entschuldigt Gemeinderat / Absence(s) excusée(s) du Conseil municipal:**

-

### **Vorsitz / Présidence:**

Benedikt Loderer, Stadtratspräsident

### **Sekretariat / Secrétariat:**

Isabelle Egger, stv. Ratssekretärin

Begrüssung .....	3
1. Genehmigung der Traktandenliste .....	3
2. Mitteilungen Stadtratsbüro .....	4
3. Mitteilungen der Geschäftsprüfungskommission durch das Ratssekretariat .....	4
4. Protokollgenehmigungen (14./15. Oktober 2020 und 15./16. November 2023 / Nrn 16 und 17 und Nrn 16 und 17) .....	4
5. 20230237 Finanzkommission .....	4
5.1 Wahl der Mitglieder und des Präsidiums der Finanzkommission .....	11
9. 20240025 Dringliches überparteiliches Postulat Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Sutter Andreas, FDP, Bord Pascal, PRR, Scheuss Urs, Fraktion Grünes Bündnis, Briechle Dennis, GLP, Heiniger Peter, PdA, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «TeleBilingue muss bleiben» .....	12
10. 20230255 Überparteiliche Motion Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Schiess Christophe, Fraktion Grünes Bündnis, Briechle Dennis, Fraktion GLP+, «Generell Tempo 30 in der Stadt Biel» .....	15
5.1 Wahl der Mitglieder und des Präsidiums der Finanzkommission (Fortsetzung).....	22
5. 20230237 Finanzkommission (Fortsetzung) .....	23
6. 20200378 Diversität und Inklusion bezüglich der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Biel / Bestandsaufnahme.....	24
7. 20220128 Realisierungskredit für die Neugestaltung Unterer Quais .....	31

## Begrüssung

**Loderer Benedikt, Stadtratspräsident:** Meine Damen und Herren, ich bitte Sie, Platz zu nehmen. Die Stadtratssitzung ist eröffnet.

Auf Ihrem Tisch finden Sie folgende Unterlagen

- Antrag Dana Augsburgsberger und Peter Heiniger zur Traktandenliste betreffend die Finanzkommission (gelbes Blatt)
- Antrag PRR zum Traktandum 5, Finanzkommission (grünes Blatt)
- Antrag der Fraktion PSR zum Traktandum 5, Finanzkommission (oranges Blatt)
- Antrag der Fraktion GLP+ zum Traktandum 5, Finanzkommission (blaues Blatt)
- Antrag der Fraktion Grünes Bündnis zum Traktandum 6, Bericht des Gemeinderats zur Diversität und Inklusion in der Stadtverwaltung (rosa Blatt)
- Rückweisungsantrag der Fraktionen PRR und FDP zum Traktandum 7, Verpflichtungskredit zur Neugestaltung Unterer Quai (weisses Blatt)

In folgenden Sitzungsunterlagen gab es nach dem Versand noch kleinere Korrekturen:

1. In der deutschen Version des Berichts zum Verpflichtungskredit über die Neugestaltung Unterer Quai ist auf Seite 13 im letzten Absatz von Experten des Heimatschutzes die Rede anstatt des Denkmalschutzes. Auf Seite 20 haben mehr als 1000 Personen an der Umfrage zur Namensgebung des neuen Platzes teilgenommen, nicht nur um die 100 wie erwähnt. Im Beschlussentwurf hatte es in Ziffer I noch ein «UND» zu viel.
2. Nach dem Versand wurde auch der Bericht zur Finanzkommission leicht korrigiert. In der deutschen Version fand auf Seite 2, Zeile 3 die Fusionierung von GPK und Finanzkommission natürlich 2001 statt, und nicht wie erwähnt 2021. In Ziffer 7 im Beschlussentwurf war ein Tippfehler: Der Vollzugauftrag geht an das Stadtratsbüro und nicht an das Ratssekretariat.

### 1. Genehmigung der Traktandenliste

**Loderer Benedikt, Stadtratspräsident:** Es liegt ein Antrag vor von Dana Augsburgsberger-Brom und Peter Heiniger, das Traktandum zur Finanzkommission inklusive Wahlen auf die nächste Stadtratssitzung im Mai 2024 zu verschieben. Ich erteile das Wort Frau Tennenbaum für das Stadtratsbüro

**Tennenbaum Ruth, Stadtratsbüro:** Der Antrag wird damit begründet, dass eine überparteiliche Motion zur Einsetzung einer ständigen Finanzkommission eingereicht wird. Da dies einen Zusammenhang mit der heute traktandierten Einsetzung einer befristeten Finanzkommission hat und beide Antragsstellende heute nicht da sein können, beantragen diese, das Geschäft auf die nächste Stadtratssitzung im Mai 2024 verschieben. Die Beantwortung der Frage einer ständigen Finanzkommission in der als Postulat erheblich erklärten überparteilichen Motion 20200364 wird im Rahmen der Überarbeitung der Geschäftsordnung des Stadtrats (GO SR; SGR 1.5.1-1) separat von der Kommission RSO (Totalrevision der Stadtordnung) diskutiert. Das haben wir hier im Stadtrat so beschlossen und ist deshalb nicht Gegenstand der Einsetzung der befristeten Finanzkommission und der Wahl der Kommissionsmitglieder. Es gibt also keinen zwingenden Grund für eine Verschiebung. Im Gegenteil, es besteht

Dringlichkeit, die befristete Kommission so rasch wie möglich einzusetzen, um noch vor der Sommerpause mit den Arbeiten beginnen zu können. Ausserdem hat der Gemeinderat damit verlässliche Ansprechpartner bezüglich der laufenden Arbeiten zur Umsetzung der Finanzstrategie und der damit verbundenen Haushaltssanierung. Das Stadtratsbüro bittet Sie, der Verschiebung nicht statt zu geben und die Traktandenliste so wie sie heute vorliegt zu genehmigen.

## **Abstimmung**

- über den Antrag von Dana Augsburg-Brom und Peter Heiniger, die Einsetzung der Finanzkommission sowie die Wahl der Kommissionsmitglieder auf die nächste Stadtratssitzung zu verschieben.

**Der Antrag wird abgelehnt.**

**Loderer Benedikt, Stadtratspräsident:** Die Traktandenliste wird somit ohne Änderung genehmigt.

## **2. Mitteilungen Stadtratsbüro**

Keine Mitteilungen.

## **3. Mitteilungen der Geschäftsprüfungskommission durch das Ratssekretariat**

Keine Mitteilungen.

## **4. Protokollgenehmigungen (14./15. Oktober 2020 und 15./16. November 2023 / Nrn 16 und 17 und Nrn 16 und 17)**

**Loderer Benedikt, Stadtratspräsident:** Es sind keine Änderungsanträge eingegangen. Somit gelten die Protokolle vom 14. und 15. Oktober 2022 und vom 15. und 16. November 2023 als genehmigt. Ich danke den Verfasserinnen und darf noch anfügen, dass die Aufarbeitung des Protokollierungsrückstands nach Plan voranschreitet.

## **5. 20230237 Finanzkommission**

**Loderer Benedikt, Stadtratspräsident:** Zuerst werden wir die allgemeine Debatte führen, dann folgt die Schlussabstimmung über die Einsetzung der Kommission. Anschliessend werden wir den Beschlussentwurf detailliert Punkt für Punkt durchgehen.

**Tennenbaum Ruth, Stadtratsbüro:** Die Vorlage setzt die vom Stadtrat an seiner Sitzung vom 18. Januar 2024 erheblich, erklärte überparteiliche Motion «Finanzkommission jetzt» um. Das Stadtratsbüro (SRB) unterbreitet Ihnen heute zusammen mit dem Bericht ein Pflichtenheft sowie das Wahlgeschäft. Der Bericht wurde sowohl der GPK wie auch dem Gemeinderat zur Stellungnahme unterbreitet. Deren Anregungen sind entsprechend in den Bericht eingeflossen. Die Motion fordert, eine befristete vorbereitende Kommission für Budget, Finanzplan und Jahresrechnung, insbesondere aber auch die Begleitung des Gemeinderats bei der Sanierung des städtischen Finanzhaushalts. Das SRB hat sich entschieden, dass die zeitliche Befristung mit der Erfüllung der Aufgabe verknüpft werden soll und schlägt vor, sich am Zeitplan des Gemeinderats zur Sanierung zu orientieren, jedoch darüber hinaus sicherzustellen, dass die Umsetzung der Massnahmen geprüft werden kann. Die Finanzkommission wird deshalb vorerst bis spätestens Ende 2027 befristet eingesetzt. Sollte der Stadtrat der Meinung sein, dass die Kommission danach immer noch nötig ist, kann er die Frist verlängern.

Um Doppelspurigkeiten auszuschliessen, wurden Aufgaben, welche heute von der Geschäftsprüfungskommission (GPK) wahrgenommen werden, in Absprache mit der GPK an die neue Finanzkommission delegiert. Namentlich wird die Finanzkommission neben der Begleitung der Sanierung des Finanzhaushalts die Vorberatung von Budget, Finanzplan und Jahresrechnung sicherstellen. Zudem soll sie bei der Revision von Reglementen im Finanzbereich mitwirken. Die GPK wird aber weiterhin die formelle Prüfung der Jahresrechnung im Sinne der Aufsicht mit der externen Revisionsstelle der Stadt Biel wahrnehmen.

Das SRB schlägt vor, dass die Finanzkommission aus sieben Mitgliedern besteht und alle Fraktionen vertreten sein sollten. Die Idee dahinter ist, dass mit einer kleineren Mitgliederzahl effizienter gearbeitet werden kann und die Kommission den Charakter einer festen Arbeitsgruppe haben sollte. Sie soll sich Fachwissen aneignen und im Austausch mit den Fraktionen politische Meinungen und Einschätzungen abholen und einbringen. Damit soll darauf hingearbeitet werden, gemeinsam Lösungen zu finden, um das Ziel der Finanzhaushaltsanierung zu erreichen. Die Massnahmen sollen so breit wie möglich abgestützt sein, so dass diese bei der Stimmbevölkerung an den Budget-Abstimmungen Akzeptanz finden.

Nach den Diskussionen in den Fraktionen zeigt sich nun aber, dass eine Neuerkommission bevorzugt wird. Diese würde die politischen Verhältnisse des Stadtrats besser abbilden. Entsprechend wurde ein Änderungsantrag dazu von Pascal Bord (PRR) eingereicht. Das SRB hat sich im Vorfeld der heutigen Sitzung abgesprochen und widersetzt sich dem Anliegen nicht, neun statt sieben Kommissionsmitglieder zu bestimmen, wenn die Mehrheit des Stadtrats der Meinung ist, dass trotzdem effizient und effektiv gearbeitet werden kann. Allerdings müssen bei einer Neuerkommission die Sitzungsgelder entsprechend nach oben angepasst werden und im Beschlussentwurf höhere Beträge gesprochen werden. Genau erhöht sich der Kredit um CHF 540 pro Jahr ab 2025 und um CHF 360 für 2024. Der Beschlussentwurf müsste also im Punkt 6 folgende Beträge enthalten: Verpflichtungskredit über CHF 14'815 statt CHF 12'835. Die Zahlen belaufen sich pro Jahr ab 2025 auf CHF 4'040 statt CHF 3'500, sowie CHF 2'695 statt CHF 2'335 für 2024. Zudem muss im Punkt 2 des Pflichtenheftes die Mitgliederzahl entsprechend auf neun erhöht werden.

Vielleicht noch eine Bemerkung zu den Kosten, die mit der Einsetzung dieser Finanzkommission entstehen: Klar ist, dass wir nicht wieder ein Ausbrennen der

Mitarbeitenden im Ratssekretariat riskieren wollen, sich Pendenzenberge anhäufen und wir neue Probleme schaffen, Stichwort Protokollführung. Die Finanzkommission benötigt deshalb moderat höhere Personalressourcen im Ratssekretariat, um die Begleitung sicherstellen zu können. Dazu kommen noch die Sitzungsgelder.

Die Fraktion GLP+ stellt den Antrag, dass die Finanzkommission, ebenso wie die GPK Einsicht in den Jahresbericht der Finanzkontrolle erhält. Auch diesen Punkt erachtet das SRB als sinnvoll und zielführend. Mit diesen Informationen kann die Finanzkommission ihre Arbeit machen. Wir empfehlen, die Einsichtnahme in den Jahresbericht der Finanzkontrolle im Pflichtenheft unter einem neuen Punkt 3.3 aufzunehmen und die folgenden Aufgaben neu zu nummerieren. Das SRB empfiehlt Ihnen, seinen Bericht, den Verpflichtungskredit und das Pflichtenheft zu genehmigen und die Wahl der Kommissionsmitglieder vorzunehmen, damit die Finanzkommission zeitnah ihre Arbeit aufnehmen kann.

**Zumstein Joël, GPK:** Die GPK vertritt das vorliegende Geschäft nicht als vorberatende Kommission, sondern nimmt Stellung, weil sie direkt betroffen ist und sich gewisse Kompetenzen verändern werden. Die GPK gibt denn auch keine Abstimmungsempfehlung ab. Die GPK wurde an ihrer Sitzung vom 14. März 2024 konsultiert. Frau Tennenbaum stand uns als Vertreterin des SRB für die Diskussion zur Verfügung. Wir konnten das Ganze inhaltlich aus Sicht der GPK validieren und sind zu einem wesentlichen Schluss gekommen. Eine Änderung in der heute vorliegenden Fassung ist auf einen Vorschlag der GPK zurückzuführen und zwar betrifft dies die Kompetenz zur Vorberatung der Jahresrechnung. In der früheren Fassung lag diese bei der GPK und nicht der Finanzkommission.

Warum ist das in der vorliegenden Fassung nicht mehr so? Der GPK ist es ein Anliegen, eine klare Trennung der Kompetenzen zu schaffen, um Redundanzen möglichst zu vermeiden. Nicht, dass wir in der GPK über das Gleiche diskutieren wie die Finanzkommission und es einer Absprache zwischen den Kommissionen bedarf. Aus Sicht der GPK ist die Vorprüfung der Jahresrechnung ein Auftrag der Finanzkommission. Unter Punkt 3,5 des Pflichtenhefts steht, ich zitiere: *«Die Finanzkommission prüft, ob die Entscheide, die den Finanzhaushalt betreffen mit der Finanzstrategie 2033 der Stadt Biel im Einklang stehen und verfolgt deren Fortschritte»*. Wir sind der Ansicht, dass die Jahresrechnung von der Finanzkommission vorberaten werden sollte, da sie dadurch, wie im letzten Abschnitt genannt, den Fortschritt besser verfolgen kann.

Was bedeutet das konkret? Die GPK bleibt weiterhin die Auftraggeberin der externen Revisionsstelle. Wir werden uns auch über die Arbeitsfortschritte und die Zusammenarbeit zwischen dem externen Revisionsorgan und der Stadtverwaltung austauschen. Ab dem Zeitpunkt wo die Jahresrechnung zur politischen Vorberatung in die Kommission und nachher in den Stadtrat geht, wird die Finanzkommission das Geschäft übernehmen. Soweit meine Bemerkungen aus Sicht der GPK.

**Schiess Christophe, au nom du Groupe Alliance Verte:** Je remercie le bureau du Conseil de ville pour son travail et sa proposition de mise en œuvre de la motion urgente que nous avons adoptée ici-même en janvier 2024, et qui demande l'institution de la Commission des finances. Notre groupe a pris connaissance du rapport que nous saluons unanimement. Nous approuvons aussi le cahier des charges proposé qui limite et explique bien les tâches, d'une part de la Commission de Gestion et d'autre part de cette nouvelle Commission des finances. Nous soutenons l'amendement du Groupe

GLP+. Uns scheint naheliegend, dass die Finanzkommission Einsicht in Jahresberichte und Jahreskontrolle nehmen kann.

Et puis, c'est par une grande majorité, si ce n'est à l'unanimité que nous soutenons la proposition des radicaux romands d'élargir cette commission a neuf membres. Je vous remercie d'ailleurs pour cette proposition.

**Koller Levin, Fraktion SP/JUSO:** Die Fraktion SP/JUSO wird das vorliegende Geschäft natürlich unterstützen. Wir waren ja auch eine der Fraktionen hinter dem Vorstoss für eine Finanzkommission. Wir danken dem SRB, dass unser Anliegen so schnell umgesetzt wurde und wir heute schon diese Finanzkommission schaffen können. Ich denke, wir haben mit der Finanzkommission ein gutes Instrument, um die Arbeiten im städtischen Finanzhaushalt voranzutreiben und verfügen damit über ein Gefäss, das vom Stadtrat für diese Arbeiten legitimiert ist.

Zu den Anträgen: Wir werden den Antrag des PRR unterstützen. Wir finden es wichtig, dass alle bürgerlichen Fraktionen die Möglichkeit haben, in dieser Kommission dabei zu sein. Die Vergrösserung ist deshalb sinnvoll, da die Fraktion SVP/Die Eidgenossen zwei Kandidaten für die Finanzkommission vorschlägt. Für uns ist klar, dass schlussendlich die Mehrheitsverhältnisse der Kommission auch die Mehrheitsverhältnisse des Rates abbilden müssen. Deshalb muss es auch in der Finanzkommission eine linke Mehrheit geben.

Den Antrag der Fraktion GLP+ unterstützen wir ebenfalls.

Die Kandidatur von Stefan Rüber als Kommissionspräsident unterstützen wir auch. Ich sage gerade alles dann muss ich nicht noch einmal nach vorne kommen. Die Fraktion SP/JUSO schlägt Julian Rodriguez und Anna Tanner als Kommissionsmitglieder vor. Beide sind sehr erfahrene Politiker und beide waren bei dem NHS-Prozess (nachhaltige Haushaltssanierung) und der Beratung zu Substance 2030 dabei. Sie sind die richtigen Personen, um die Finanzangelegenheiten nun weiterzuverfolgen. Vielen Dank für die Unterstützung unserer Kandidierenden.

**Briechele Dennis, Fraktion GLP+:** Die Fraktion GLP+ begrüsst die Einsetzung einer Finanzkommission. Bereits in der Vergangenheit haben wir uns bekanntlich mehrfach dafür ausgesprochen, dass der Stadtrat mittels vorberatender Kommissionen stärker in die Ausarbeitung der gemeinderätlichen Geschäfte einbezogen wird. Gerade im Bereich der Finanzen, welcher in der Vergangenheit häufig zu durchaus gehässigen Auseinandersetzungen geführt hat, kann eine solche Kommission hilfreich sein. Sie schafft eine gemeinsame Basis, im besten Fall sogar ein gemeinsames Verständnis und hilft das Know-how besser in die Fraktionen zu tragen.

Zu den beiden Anträgen: Auch unsere Fraktion unterstützt den Antrag des PRR, die Kommission mit neun Mitgliedern zu besetzen. Dies ermöglicht die Einbindung aller Fraktionen und die Abbildung der Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat.

Nun zu unserem Antrag: Wie von der Sprecherin des SRB bereits ausgeführt, beantragen wir eine Ergänzung des Pflichtenheftes um einen weiteren Punkt. Um ihre Aufgabe umfassend wahrnehmen zu können, ist es aus unserer Sicht angezeigt, dass die Finanzkommission neben der GPK ebenfalls Einsicht nehmen kann in den Jahresbericht der Finanzkontrolle. Die Prüfung der Jahresrechnung liegt neu bei der Finanzkommission, wie vorhin vom Sprecher der GPK erläutert. Für eine umfassende Würdigung der Jahresrechnung und auch das Erkennen von möglichen

Handlungsfeldern ist es unerlässlich, dass die Finanzkommission über den Bericht der Finanzkontrolle verfügt.

Auch ich spreche zu den Kandidaturen: Die Fraktion GLP+ unterstützt die Kandidatur von Stefan Rüber als Kommissionspräsident. Als Kommissionsmitglied nominieren wir Julien Stocker. Er ist beruflich als Wirtschaftsprüfer tätig und damit sicherlich bestens qualifiziert für die Finanzkommission.

**Bord Pascal, au nom du Groupe PRR:** Beaucoup de choses ont déjà été dites par Madame Tennenbaum et les autres orateurs. Toutefois, même si à la base le Groupe PRR n'était pas très favorable à créer une commission supplémentaire, si une commission doit être là, elle doit être représentative. En effet, l'année passée encore, il a fallu, en plus des de la Commission de Gestion, ajouter les présidents des groupes parlementaires pour avoir une bonne représentation. Il est donc important pour cette Commission des finances, qui aura une tâche assez centrale pour notre Ville, d'avoir une représentation de tous les groupes parlementaires. C'est pour cela que j'ai proposé deux membres supplémentaires pour éviter que comme dans la Commission de Gestion, un Groupe ne soit pas représenté. Je vous remercie pour votre soutien.

**Sutter Andreas, Fraktion FDP:** Auch die Fraktion FDP unterstützt den Antrag des PRR. Wir haben ihn gemeinsam besprochen. Wir sind nicht sehr enthusiastisch darüber, dass der Stadtrat eine weitere Kommission schaffen will. Wir waren auch skeptisch, ob überhaupt ausreichend kompetente Mitglieder gefunden werden. Die Finanzen ins Lot zu bringen, ist eine äusserst wichtige Aufgabe. Die Runden Tische mit Mitgliedern aller Fraktionen haben sich bewährt. Wir unterstützen deshalb die Aufstockung auf neun Mitglieder. Damit können alle Meinungen, wie man die Finanzen ins Lot bringen kann, eingebracht werden. Wichtig ist auch, dass die Finanzkommission zeitlich beschränkt ist. Ich kann mir vorstellen, dass eine Fristverlängerung nötig wird, weil die Finanzen ja nicht innerhalb von drei Jahren ins Lot gebracht werden. Sollten bis dann die Mehrheitsverhältnisse im Stadtrat wechseln, müsste die Verteilung der Kommissionssitze entsprechend anpasst werden. Im Moment unterstützen wir aber selbstverständlich die linke Mehrheit. Wir unterstützen ebenfalls Stefan Rüber in seiner Kandidatur als Kommissionspräsident.

**Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen begrüsst die Schaffung einer Finanzkommission. Ich nehme vorneweg, dass wir auch die beiden Anträge annehmen, obschon wir grundsätzlich eigentlich lieber sieben Leute in der Finanzkommission hätten. Weniger Kommissionssitze wären effizienter, aber ich denke, dass ein grosser Konsens besteht und darum werden wir uns nicht dagegen wehren.

Den Antrag der Fraktion GLP+ werden wir ebenfalls annehmen. Trotzdem sind wir nicht allzu euphorisch mit der ganzen Geschichte um die Finanzkommission. Schliesslich beraten wir gerade heute Abend ein Geschäft des Gemeinderats, welches den Rahmen der gesetzten Finanzstrategie von CHF 30 Mio. pro Jahr massiv überschreiten wird. Die SVP ist die einzige Partei, die seit bald 12 Jahren jedes Jahr auf die miserable Finanzsituation der Stadt hinweist und Lösungen vorschlägt. Mittlerweile merken erfreulicherweise viele andere auch, dass wir auf einen Schuldenberg von 1 Milliarde zusteuern.

Die Finanzkommission hat schlussendlich eine Begleitfunktion und diese kann sie nur wahrnehmen, wenn Leute dabei sind, die dem Gemeinderat einen echten Mehrwert bieten können. Darum schlägt Ihnen unsere Fraktion zwei Unternehmer mit



jahrzehntelanger Erfahrung vor, die wissen, wie ein Geschäft erfolgreich geführt wird. Mit Patrick Widmer und Stefan Maurer bringen wir zwei Leute aus der Privatwirtschaft, die der Finanzkommission einen echten Mehrwert bringen. Warum braucht es unbedingt Leute aus der Privatwirtschaft? Ganz einfach, weil dort nicht Schulden gemacht werden können, sondern Probleme frühzeitig erkannt und angegangen werden müssen. Bei der Stadt Biel sind die Probleme, wie oft auch in der Privatwirtschaft, vor allem bei den Ausgaben zu finden. Beide Herren haben gute Finanzkenntnisse und eignen sich von ihrem Profil und von ihrer Erfahrung her bestens. Als grösste bürgerliche Fraktion sind wir der Meinung, dass wir zwei Kandidaten nominieren dürfen. Der Kommission würde es sicherlich guttun. In diesem Sinn, Merci vielmals für die Wahl von Patrick Widmer und Stefan Maurer in die Finanzkommission. Für uns ist das Präsidium von Stefan Rüber unbestritten; diese Kandidatur unterstützen wir.

**Moeschler Marie, au nom du Groupe PSR:** Comme vous pouvez vous en douter en prenant connaissance de la demande des motionnaires, le Groupe PSR accepte et soutient la création de la Commission des finances. Nous sommes d'avis qu'une telle commission aura le mérite d'établir une structure claire entre le Conseil municipal et le Conseil de ville pour les questions financières de notre Ville, au moins de manière temporaire, jusqu'à la fin de l'assainissement souhaité par le Conseil municipal. En lisant le rapport, nous avons été surpris de constater qu'on nous faisait voter sur la révision du Règlement des finances alors que nous n'avons eu de cesse de dire en séance des présidents de groupes que nous ne voulions pas que l'assainissement soit accompagné par une modification de règlement financier ou la création d'un tel règlement. Ceci précisément parce que l'assainissement est temporaire est limité dans le temps.

Nous comprenons par-là que parfois, le Conseil municipal fait fi de nos positions et assoit la sienne. Qu'il en soit ainsi, mais il devra alors également prendre ses responsabilités en cas d'échec de la proposition de l'assainissement devant le Conseil de ville et pas simplement reporter la faute sur la majorité de ce dernier ou sur la nouvelle Commission des finances. En ce qui concerne le nombre de membres de cette commission, le Groupe PSR soutient l'idée d'une commission à neuf membres plutôt que sept, car elle nous paraît ainsi offrir une plus juste représentativité du Parlement. Nous soutenons aussi la candidature de Stefan Rüber à la présidence. Le PSR propose pour siéger pour notre Groupe dans cette commission Monsieur Hervé Roquet. Nous pouvons aussi suivre et accepter l'amendement du Groupe GLP+ concernant le cahier des charges à compléter.

Reste encore la question de l'augmentation du taux d'activité de 10% au secrétariat parlementaire pour cette tâche. Nous avons de la peine à évaluer six séances par année nécessitent 10% de taux d'activité supplémentaire mais nous acceptons cette augmentation si cela nous permet d'avancer à bon escient sur la question des finances. Toutefois, une question subsiste. Lorsqu'on nous dit que la somme de CHF 11'000.- est atteinte par ce taux d'activité supplémentaire, les jetons de présence et des frais. De quels frais parle-t-on ?

Enfin, en ce qui concerne le cahier des tâches de ladite commission, nous nous interrogeons sur le fait qu'elle n'aurait que des tâches d'évaluation et de suivi de la réalisation de la stratégie financière 2033 et de pré-consultation alors que la déclaration d'intention signée en décembre 2022, prévoit l'élaboration de l'assainissement de consort entre les membres du Conseil de ville et du Conseil municipal. Les recettes fiscales ne font qu'augmenter ces deux dernières années et nous espérons vivement

que le Conseil municipal et les membres de la Commission des finances sauront travailler de concert sans exagération, en toute transparence et pour le bien de la population biennoise.

**Feurer Beat, Finanzdirektor:** Ich äussere mich nicht inhaltlich zu einer Vorlage des SRB. Ich versichere Ihnen jedoch, dass der Gemeinderat die Einsetzung einer Finanzkommission begrüsst. Er ist überzeugt, dass die Finanzkommission zum besseren Verständnis der teilweise sehr technischen Themen, die relativ komplex und kompliziert sind, beiträgt und darum geht es eigentlich. Wichtig ist, dass Mitglieder in die Finanzkommission gewählt werden, die über ein finanztechnisches Know-how verfügen und sich damit auseinandersetzen können, ansonsten entsteht Reibungsverlust.

**Loderer Benedikt, Stadtratspräsident:** Zuerst müssen wir über die Einsetzung der Finanzkommission abstimmen, bevor wir über das Pflichtenheft sprechen und die Mitglieder wählen.

### **Abstimmung**

Der Stadtrat von Biel, nach Kenntnisnahme vom Bericht des Stadtratsbüros vom 21. März 2024, gestützt auf Art. 68 Abs. 1 und 3 der Stadtordnung vom 9. Juni 1996 (SGR 1.0-1) und auf Art. 20 Abs. 4 der Geschäftsordnung des Stadtrates von Biel vom 11. Dezember 1996 (SGR 1.5.1-1), **beschliesst:**

1. Es wird eine befristete Finanzkommission für die weiteren Arbeiten im Zusammenhang mit der Sanierung des städtischen Finanzhaushaltes (Substance 2030) geschaffen. Sie nimmt folgende Hauptaufgaben wahr:
  - a. Begleitung der Ausarbeitung der Massnahmen zur Sanierung des städtischen Finanzhaushaltes,
  - b. Begleitung der Revision der Finanzordnung,
  - c. Übernahme der bisherigen Aufgaben der Geschäftsprüfungskommission im Rahmen der Vorberatung des Budgets, der Jahresrechnung sowie des Finanzplans.
2. Die Finanzkommission wird befristet bis Ende 2027 eingesetzt. Der Stadtrat kann die Dauer verlängern.

### **Abstimmung**

- über den Antrag von Pascal Bord, PRR, dass die Kommission aus neun Kommissionsmitgliedern bestehen soll.

**Der Antrag wird angenommen.**

**Loderer Benedikt, Stadtratspräsident:** Über die Mehrkosten der erhöhten Mitgliederzahl hat Frau Tennenbaum bereits orientiert. Es gibt mehr Kandidaten als Sitze deshalb führen wir geheime Wahlen durch.

## 5.1 Wahl der Mitglieder und des Präsidiums der Finanzkommission

**Celik Pir Chè, PdA:** Als Kandidat stelle ich mich selber vor. Ich bin Pir Chè Celik und komme eigentlich aus der Unterschicht. Meine Familie hatte nicht viel Geld und deshalb weiss ich wie es ist, in prekäreren Zuständen aufzuwachsen, als die Mehrheit hier. Ich habe die KV-Lehre gemacht und danach die wirtschaftliche Berufsmaturität. Heute studiere ich Pädagogik, bin beruflich also nicht mehr in der Privatwirtschaft tätig. Nichtsdestotrotz befasse ich mich sehr mit Themen der Wirtschaft aus linker Perspektive.

Aus zwei Gründen sollten Sie mich wählen: Der erste Grund ist, dass ich mich vertieft mit der Thematik beschäftigen kann. Der zweite Grund hängt mit dem ersten zusammen und soll mir die Möglichkeit geben, zu beweisen, dass das, was ich denke, eigentlich kein Quatsch ist. Ich bitte Sie deshalb, meine Kandidatur zu unterstützen.

**Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP:** Wir von der Fraktion FDP schlagen unseren Fraktionschef, Andreas Sutter sowie Pascal Bord vom PRR vor. Ich glaube, vorstellen muss ich die beiden Kandidaten nicht. Vom Fachwissen her haben sie in den letzten Jahren mehr als einmal unter Beweis gestellt, dass sie der Mitgliedschaft in der Finanzkommission gewachsen sind. Ich bitte um die Zustimmung für unsere beiden Kandidaten.

**Schiess Christophe, au nom du Groupe Alliance Verte:** Notre groupe parlementaire propose deux candidats pour cette commission. Monsieur Titus Sprenger qui se dit très respectueux des règles et des principes comptables. Il est caissier notamment du chantier des enfants et de Verein Fair. C'est quelqu'un de très proche des citoyens qui est motivé à travailler de manière constructive dans cette commission et puis il s'est dit aussi persuadé que l'on peut être créatif dans ce travail, ce qu'il souhaiterait faire. Voilà pourquoi nous soutenons espérons que vous souteniez la candidature de Titus Sprenger. Ensuite, nous proposons Monsieur Stefan Rüber, lui aussi motivé par cette tâche.

J'aimerais directement aussi dire quelques mots au sujet de Stefan par rapport à sa candidature à la présidence. Je n'ai entendu que du positif par rapport à sa candidature et cela me paraît un peu suspect (*rires!*). Nous sommes aussi convaincus que Stefan a les qualités requises pour cette fonction. Comprenez-moi bien! Sa compétence en la matière, sa faculté de comprendre des choses complexes et de les expliquer simplement, ce sont des atouts dont je peux profiter régulièrement. Il a un sens de l'écoute très développé et aime œuvrer pour des solutions qui conviennent au plus grand nombre. Pour toutes ces raisons, que vous avez aussi reconnues, nous pensons que Stefan serait un très bon président. Le seul bémol qui pourrait être relevé dans la personnalité de Stefan c'est qu'il aime l'harmonie.

Etant musicien, je souhaite te rappeler Stefan que Harmonie est une déesse grecque et que sa mère est Vénus et son père, c'est Mars! Wer die Harmonie schätzt, muss auch Dissonanzen und Konflikte aushalten können. Das wirst du sehr gut machen.

**Moeschler Marie, au nom du Groupe PSR:** Je souhaite dire quelques mots sur la personne qu'est Hervé Roquet puisque pas tout le monde n'a la chance de le connaître. Il est titulaire d'un master en économie de l'université de Neuchâtel. Il est vraiment passionné par toutes ces questions économiques et de finances publiques et, par conséquent, pour nous, c'est la personne la plus à même de faire du bon travail dans cette commission.

**Loderer Benedikt, Stadtratspräsident:** Ich erinnere Sie daran, höchstens neun Namen anzukreuzen. Wahlzettel mit mehr als neun Personen sind ungültig.

Während der Auswertung der Wahlzettel machen wir mit Traktandum 9 weiter. Der Antrag zum Pflichtenheft wird nachher behandelt.

**9. 20240025 Dringliches überparteiliches Postulat Strobel Salome, Fraktion SP/JUSO, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Sutter Andreas, FDP, Bord Pascal, PRR, Scheuss Urs, Fraktion Grünes Bündnis, Briechle Dennis, GLP, Heiniger Peter, PdA, Hamdaoui Mohamed, Die Mitte, «TeleBilingue muss bleiben»**

Der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären.  
(Text des Postulats und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang 1)

**Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO:** Es ist eine traurige Geschichte, dass Telebilingue verschwinden soll oder besser gesagt, die Konzession verloren hat. Der Vorstoss ist ein Unterstützungsantrag, um die Verbundenheit des Stadtrats und des Gemeinderats mit Telebilingue zu zeigen. Uns ist bewusst, dass der Gemeinderat hier wenig Kompetenz oder Handlungsspielraum hat. Trotzdem sind wir sehr dankbar, dass der Gemeinderat beantragt, das Postulat erheblich zu erklären. Dem Antrag werden wir folgen, das ist unbestritten. Ich finde es etwas störend, dass auf eine Werbeveranstaltung, gesponsert von der SVP, aufmerksam gemacht wird. Ich kann mich auch schlecht erwärmen für den neuen Sender, Canal Alpha, der die zweisprachige Berichterstattung übernehmen soll. Canal Alpha hat einen hochreligiösen Hintergrund und ich weiss nicht, ob das passend ist. Der neue Generalsekretär von Bundesrat Röstli betätigt sich ebenfalls in einer speziellen Kirche und ist zudem in der SVP...alles etwas «louche» für unseren Geschmack. Wir hoffen jetzt auf den Gerichtsentscheid. Canal Alpha passt nicht nach Biel. Telebilingue ist unser Sender. Wir halten ihm die Stange und die Treue und hoffen, dass das alle anderen auch tun. Wir werden ihn soweit es in unserer Macht steht unterstützen.

**Scheuss Urs, Fraktion Grünes Bündnis:** Wir haben in unserer Fraktion die Antwort des Gemeinderats studiert. Das Postulat soll erheblich erklärt und umgesetzt werden. Über einen Satz in der Beantwortung sind wir gestolpert. Der Gemeinderat sieht seine Aufgabe darin, sich auch weiterhin politisch für eine sachgerechte Medienlandschaft in der Region einzusetzen. Wir haben den Eindruck, dass diese Absicht etwas über den konkreten Fall hinausgeht. Offenbar werden weitergehende medienpolitische Überlegungen, angestellt. Uns würden diese schon noch interessieren.

**Hamdaoui Mohamed, Le Centre:** Je remercie bien sûr le Conseil municipal d'avoir accepté ce postulat interpartis. Il avait été déposé dans l'émotion et la colère suite à la décision de l'OFCOM. Maintenant, on peut espérer que la tension soit un peu retombée et que l'acceptation de ce postulat incite les responsables de ces deux stations à faire ensemble, ce qu'ils auraient dû faire depuis longtemps, c'est-à-dire parler ensemble pour trouver une solution commune. Ce serait triste que l'avenir du paysage médiatique audiovisuel de la région se joue devant les tribunaux. Je crois que nous valons beaucoup mieux que ça.

**Schneider Sandra, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Eigentlich war nicht vorgesehen, dass ich zu diesem Thema spreche. Unser Sprecher zum Geschäft, Luca Francescutto ist leider krank, deshalb springe ich ein.

Frau Clauss danke ich, dass sie auf unseren Anlass aufmerksam gemacht hat. Es ist ein sehr guter Anlass und ich lade Sie alle herzlich ein, vorbeizukommen. Die SVP ist sehr weltoffen. Als bekannt wurde, dass Telebilingue seine Konzession verliert, haben wir uns Gedanken über die Konsequenz daraus gemacht. Die Konsequenz ist eigentlich sehr positiv, denn wir werden eine grössere Medienvielfalt haben. Es wird ein weiteres Medienhaus geben, welches differenziert über die Geschäfte berichten wird. Heute haben wir ein einziges Medienhaus, sei es Bieler Tagblatt, Canal 3, aber auch Telebilingue. Im Prinzip erhalten wir dreimal am Tag die genau gleichen News. Nach einem Tag Radio hören oder Zeitung lesen, gibt es fast keinen Grund mehr, um am Abend Telebilingue einzuschalten. Von der grösseren Medienvielfalt versprechen wir uns, dass ein Thema kontrovers beleuchtet wird. Wir wünschen uns auch mehr politische Diskussionssendungen, in denen Themen aus dem Stadtrat gegen aussen getragen und debattiert werden können. Wir haben natürlich vernommen, dass Unterschriften für eine Petition gesammelt werden. Auch im Grossen Rat wurde dazu ein Vorstoss eingereicht. Die SVP hat sich dort nicht beteiligt, weil wir neutral und offen für Neues sein wollen. Wir lehnen die Erheblicherklärung des vorliegenden Vorstosses nicht ab, werden uns jedoch der Stimme enthalten.

Bei dieser Gelegenheit rufe ich Sie noch einmal dazu auf, an unseren Anlass zu kommen. Der Geschäftsführer von Canal Alpha, Herr Marcello del Zio wird ihre Fragen sicher sehr gerne beantworten.

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Bevor wir zur konkreten Frage der Konzession von Telebilingue kommen, führe ich die Bedeutung der Medien aus. Unabhängige Medien sind für das Funktionieren der Demokratie unerlässlich. Länder wie Russland zeigen, wo es hinführt, wenn es nur noch Staatsmedien gibt und diese insbesondere dazu da sind, Meinungsmache zu betreiben, statt zu informieren. Der Gemeinderat ist froh, dass wir in Biel noch ein unabhängiges Medienhaus haben. Thun, Langenthal, Burgdorf beispielsweise haben nur noch Kopfblätter von der BZ. Dort gibt es nie eine so ausführliche und breite Medienberichterstattung über die lokalen Ereignisse wie wir sie in Biel zum Glück noch haben. Das heisst nicht, dass es Staatsaufgabe ist, auf kommunaler Ebene Medienunternehmen zu finanzieren und auch nicht, dass der Staat inhaltlich Einfluss nehmen soll. Im Gegenteil, der Staat soll inhaltlich nicht Einfluss nehmen!

Allgemein zugängliche Medien sind wichtig. Ob so weit gegangen werden muss wie in Freiburg, wo den Jungen ein Zeitungsabo geschenkt wird, ist eine andere Frage. Genauso entscheidend wie unabhängige Medien ist, dass die politischen Parteien das System der Demokratie tragen und stützen. Wie es herauskommt, wenn das nicht mehr der Fall ist, können Sie in den Vereinigten Staaten sehen. Es braucht die verschiedenen Funktionen, Gewalten und Rollen, welche mit Engagement, aber auch dem nötigen Respekt ausgeübt werden sollen, damit eine Demokratie funktioniert und leben kann. Selbstverständlich bin ich mit der Berichterstattung der Gassmann Medien nicht immer zufrieden. Das ist normal und so geht es allen.

Ich bin jedoch der Meinung, dass Bieler Tagblatt und Journal du Jura in den späten 1970-er Jahren ganz klar eine freisinnige Presse waren. Vor diesem Hintergrund entstand seinerzeit die Zeitung Biel-Bienne als Gegenpol. Heute kommen in den lokalen Medien alle Meinungen zu Wort. Manchmal ist die Qualität ein bisschen besser

und manchmal etwas schlechter, das gehört halt dazu. Ich habe aber nicht den Eindruck, dass parteipolitisch gefärbte Kampagnen betrieben werden, wie ich das in den 1970-er Jahren miterlebt habe.

Ich komme zum Thema Telebilingue und was ich dazu sage, gilt strukturell auch für Biel-Bienne. Tatsache ist, dass genau die gleichen Inhalte an beide Sprachgruppen vermittelt werden. Das ist ein grosser Mehrwert für den Zusammenhalt. Aus diesem Grund bedauert der Gemeinderat den Verlust der Konzession von Telebilingue. Die beiden lokalen Tageszeitungen funktionieren seit jeher anders. Das Bieler Tagblatt richtet sich nach dem Seeland aus und das Journal du Jura nach dem Jura. In den letzten Jahren wurden einzelne Artikel übersetzt, aber früher waren die beiden Zeitungen völlig unabhängig,

Canal 3 par contre, a aussi toujours connu des fréquences séparées mais ils avaient un élément fédérateur incroyable, qui était le reportage de hockey sur glace. Dans ce cas précis, toute la région était derrière la radio à écouter ces reportages bilingues malgré le fait que les fréquences étaient toujours séparées. Toutefois, Telebilingue et Biel-Bienne présentent les mêmes contenus pour les deux groupes linguistiques. C'est l'élément fédérateur qui est extrêmement important au sein de la Ville de Bienne mais aussi pour le nord du canton. Je trouve aussi important que les habitants de Tavannes entendent ce qui se passe à Aarberg ou que les habitants de Büren soit informé de l'actualité de Saint-Imier. Assez souvent on critique, Monsieur Hamdaoui en est un exemple, le fait que la présence du lobbying politique sur le plan cantonal n'est pas assez forte et que le nord du canton n'est pas assez uni pour défendre sa position. Vous connaissez l'histoire des Oberlandais. On dit de ces derniers qu'ils se « tapent sur la gueule », comme on le dit en bon français, dans les trains en venant de Meiringen, Grindelwald, etc, mais dès qu'ils sont à Thoune, ils s'allient pour défendre leurs intérêts conjointement au Rathaus à Berne. Par contre, on reproche aux Seelandais, aux biennois et au Jura bernois de ne pas faire cela. C'est bien dans ce contexte-là, qu'il faut un média qui est aussi un instrument fédérateur. C'est pour cela, je le répète, que nous regrettons la perte de la concession de la part de Telebilingue. Les deux programmes séparés de Canal alpha Madame Schneider, auxquels vous faites allusion, nous trouvons que ce n'est pas la même chose.

C'est ce que cela on l'avait avec les journaux, les radios mais avec la télévision jusqu'à maintenant avec l'avantage qu'il y a l'élément fédérateur, l'échange entre les régions et les groupes linguistiques. C'est pour cette raison que nous ne sommes pas convaincus par l'offre de Canal alpha telle qu'elle est présentée. J'ai aussi vu les deux Messieurs qui ont participé à l'interview de Madame Nuara. Cette dernière est allée très loin dans la façon de les questionner mais ils n'ont su répondre que dans une seule langue. J'ai trouvé cela très regrettable. Si moi, je viens à Bienne défendre mon produit ou mon offre, je parle les deux langues. On verra Madame Schneider dans quelle langue, ils parleront chez vous.

Klar ist, dass der Konzessionsentscheid auf politischer Ebene nicht anfechtbar ist. Ich hätte sehr gerne mit einer stadträtlichen Abordnung, Mitgliedern des Grossen Rats und vielleicht Frau Nationalrätin Zyrd, die sich in dieser Sache engagiert, Bundesrat Rösti in seinem Büro aufgesucht. Der Entscheid weist Aspekte auf, die nicht nachvollziehbar sind, beispielsweise wird die Zweisprachigkeit von Telebilingue schlechter bewertet als die Parallelität der Sprachen bei Canal Alpha. Ich sage hier aber auch offen, dass sich wahrscheinlich das Medienhaus Gassmann sehr stark auf seinen Bekanntheitsgrad verlassen hat. In der Ausschreibung bewertet wird jedoch nur das, was geplant ist. Ob

sich der Entscheid vor dem Bundesverwaltungsgericht in St. Gallen noch korrigieren lässt, werden wir sehen.

Frau Clauss hat die Frage der freikirchlichen Allianzen angesprochen. Ich habe keinen Anhaltspunkt dafür und kann mich dazu nicht äussern.

Ich habe jetzt ziemlich weit ausgeholt, um die Frage von Herrn Scheuss zu beantworten. Die Idee, sich für eine sachgerechte Medienlandschaft einzusetzen heisst nicht, diese zu subventionieren, sondern dort, wo Entscheidungen gefällt oder Rahmenbedingungen gesetzt werden, Einfluss zu nehmen. Bei der Konzessionsvergabe wollen wir uns für das Richtige einsetzen. Leider sind wir in diesem Fall nicht angehört worden. Auch weiter entfernte Städte wie Grenchen und Murten haben sich erstaunlicherweise für Telebielingue ausgesprochen. Die Situation für den Gemeinderat von Biel wird zusätzlich dadurch erschwert, dass das BAKOM in Biel ein wichtiger Arbeitgeber ist. Wir sind wirklich ein bisschen umzingelt von Herausforderungen. Ich weiss auch nicht, wie einfach es für Canal Alpha wird, den Fernsehsender aus dem Boden zu stampfen. Vielleicht gibt es am Schluss eine Zusammenarbeit mit RJB, Canal 3.

Dans ces trois grandes fréquences romandes, il y a aussi eu une évolution qui était inimaginable il y a quelques années et aujourd'hui cela fonctionne très bien. Je n'exclurais pas la possibilité qu'une fois la décision formelle prise, des choses qui vont encore se faire. Il ne faut pas seulement trouver les 30 journalistes qualifiés mais mettre en place un studio. Ce n'est pas si simple et on verra comment l'histoire se termine.

Frau Schneider, ich nehme Ihre Äusserungen zur Weltoffenheit der SVP zur Kenntnis. In diesem Fall geht die Weltoffenheit in einem ersten Schritt zumindest bis Neuenburg.

### **Der Antrag des Gemeinderats wird vom Stadtrat nicht bestritten.**

**Loderer Benedikt, Stadtratspräsident:** Wir sind mit dem Zählen der Abstimmungszettel noch nicht so weit, darum gehen wir gleich weiter zu Traktandum 10.

### **10. 20230255 Überparteiliche Motion Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO, Stolz Joseline, Fraktion PSR, Schiess Christophe, Fraktion Grünes Bündnis, Briechle Dennis, Fraktion GLP+, «Generell Tempo 30 in der Stadt Biel»**

Der Gemeinderat weist darauf hin, dass der Vorstoss nicht motionsfähig ist und beantragt deshalb, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären. (Text des Vorstosses und Antwort des Gemeinderats siehe Anhang 2)

**Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO:** Die vorliegende überparteiliche Motion verlangt, durch ein generelles Tempo 30 km/h folgende Vorteile für die Bieler Bevölkerung zu realisieren:

1. Lärm reduzieren: Viele Menschen in der Stadt werden durch Verkehrslärm gestört, da der Strassenverkehr an verschiedenen Stellen die Lärmgrenzen überschreitet. Ich will es nicht allzu laut sagen, aber für diese Überschreitungen könnte die Stadt

gerichtlich belangt werden. Der Städteverband fordert, dass die Städte Tempo 30 generell, rasch, einfach und situativ angepasst auf allen Strassen einführen. Dies ist die einfachste, kostengünstigste und wirkungsvollste Massnahme, um den Lärmschutz für Anwohnende zu verbessern.

2. Sicherheit: Fast zwei Drittel aller schweren Verkehrsunfälle passieren in der Schweiz innerorts. Aus der Unfallforschung ist bekannt, dass umso höher das Tempo, desto grösser ist das Unfallrisiko und desto gravierender die Unfallfolgen. Tempo 30 bietet ein enormes Sicherheitspotenzial und zwar für alle Verkehrsteilnehmenden. Es gibt weniger Unfälle und falls doch etwas passiert, sind die Unfallfolgen meistens weniger schwer. Für Kinder ist der Schulweg sicherer. Gerade zu Fuss ist das Überqueren von verkehrsberuhigten Strassen einfacher.

3. Verkehrsfluss erhöhen: Durch die Verringerung der Geschwindigkeit wird der nötige Sicherheitsabstand kleiner und die Kapazität erhöht sich. Damit erhöht sich auch der Verkehrsfluss, zwar langsamer aber dafür kontinuierlich. In Köniz beispielsweise fahren 20'000 Fahrzeuge täglich durch die Gemeinde, natürlich mit Tempo 30. Untersuchungen konnten belegen, dass der Sicherheitsgewinn nicht zu Lasten des Verkehrsflusses und der Leistungsfähigkeit geht. In aller Regel beeinflusst die Senkung der zulässigen Höchstgeschwindigkeit die Leistungsfähigkeit der Hauptverkehrsachsen nicht wesentlich, noch muss mit nennenswerten Verkehrsverlagerungen auf andere Strassen gerechnet werden.

4. ÖV: In Freiburg wurde vor kurzem Tempo 30 eingeführt. Die BusfahrerInnen meinten dazu, dass die Zeiteinbusse der Busse aufgrund Tempo 30 wettgemacht wird durch weniger Stau. Zum Thema Tempo 30 habe ich mit dem Leiter Markt und Planung der Verkehrsbetriebe Biel (VB), Herrn Leckebusch gesprochen. Er sieht Tempo 30 nicht als problematisch. Eventuell müssten 1 bis 2 zusätzliche Busse gekauft werden.

Der Gemeinderat schreibt in seiner Antwort, dass Verkehrsmassnahmen ausschliesslich in die Zuständigkeit des Gemeinderates fallen und deshalb nicht motionsfähig sind. Die finanziellen Aufwendungen, um generell Tempo 30 einzuführen, dürfen den Grenzwert von CHF 300'000 weit übersteigen. Es müssen nicht nur Schilder abgebaut und neue aufgestellt, sondern auch Strassenbodenmarkierungen aufgemalt werden. Einzelne Veränderungen in Quartierstrassen, um Schleichverkehr einzudämmen, wären sicher auch sinnvoll. Deshalb ist mit ungefähr CHF 1 Mio. zu rechnen. Damit liegt der finanzielle Rahmen in der Kompetenz des Stadtrates und erscheint doch recht teuer. Ist es aber nicht, denn wir sparen dadurch einige Millionen Franken. Im Finanzplan werden allein für Tempo-30-Zonen CHF 7,16 Mio. veranschlagt. Generell Tempo 30 kann für das ganze Stadtgebiet wesentlich günstiger realisiert werden.

Zur Motionsfähigkeit gibt es ein Gutachten, welches festhält, in welchem Fall die Forderung ausschliesslich in der Kompetenz des Gemeinderats liegt. Im konkreten Fall führte dies zu Meinungsverschiedenheiten zwischen der Stadtkanzlei und den MotionärInnen sowie dem Stadtratsbüro. Weil jedoch der Stadtrat das Letztentscheidungsrecht hat, setzt er sich durch. Die Urhebenden halten an der Motion fest und lehnen die Umwandlung in ein Postulat ab.

**Roquet Hervé, au nom du Groupe PSR:** C'est avec plaisir que je prends la parole sur ce sujet extrêmement important. Le Groupe PSR soutient la motion interpartis qui demande de généraliser le régime de vitesse à 30 km/h à Bienne. Nous sommes convaincus que cette mesure est bénéfique pour la sécurité routière, le climat, la protection contre le bruit, la qualité de l'air et la fluidité du trafic.



Nous nous appuyons sur la position de l'Union des villes suisses qui préconise de généraliser le 30 km/h. Nous ne sommes pas satisfaits par la réponse du Conseil municipal qui propose de transformer la motion en postulat. Nous estimons que cette transformation est inutile et ferait perdre du temps. En effet, si la motion ne demande pas au Conseil municipal de réaliser une étude ou un rapport, c'est que cela a déjà été fait avec une motion du POP. Cette dernière avait déjà été transformée en postulat, il est donc temps de passer à l'action. La motion donne le mandat clair et précis de généraliser le 30 km/h avec des exceptions possibles pour des cas justifiés. C'est donc une motion modérée qui laisse une grande marge de manœuvre au Conseil municipal pour des exceptions.

Nous ne comprenons pas pourquoi le Conseil municipal se montre si réticent à mettre en œuvre le 30 km/h généralisé rapidement. Il invoque des priorités, des étapes, des pesées d'intérêts, des conflits d'objectifs, des effets de transfert des coûts supplémentaires. Bref, tant d'arguments qui nous semblent peu convaincants et qui ne font que retarder une décision qui s'impose. Le Conseil municipal affirme qu'il salue l'intention des intervenants mais il ne fait pas preuve de volonté politique pour la concrétiser.

Nous rappelons que la Ville s'est engagée à atteindre la neutralité climatique d'ici 2050. Nous rappelons également que la ville de Bienne est confrontée à des problèmes de pollution sonore et atmosphérique qui nuisent à la santé et à la qualité de vie de ses habitants. Nous rappelons enfin que la ville de Bienne a la responsabilité de garantir la sécurité de tous les usagers de la route, en particulier les plus vulnérables, comme les piétons, les cyclistes ou les enfants. Nous pensons que le 30 km/h est une mesure simple qui a fait ses preuves, efficace, et très peu coûteuse pour répondre à ces enjeux, en particulier si elle est directement généralisée. Nous pensons que le 30 km/h est une mesure qui favorise le partage de l'espace public, la cohabitation, le respect mutuel entre les différents modes de déplacement. Nous pensons que le 30 km/h est une mesure qui rend la ville plus agréable, plus attractive aussi sur le plan économique et plus humaine. C'est pourquoi nous vous invitons à rejeter la transformation de la motion en postulat et à adopter la motion. Nous vous invitons à faire preuve de courage politique et de vision pour faire de Bienne une ville pionnière en matière de mobilité.

**Schiess Christophe, au nom du Groupe Alliance Verte:** L'essentiel a été déjà dit à mes yeux par Messieurs Alfred Steinmann et Hervé Roquet que je remercie. Notre Groupe abonde dans le même sens, C'est avec une certaine émotion que je prends la parole sur ce thème-là parce que le 4 mars 2001, le peuple et les cantons suisses ont pu se prononcer sur l'initiative «Strassen fur alle» de la TTE qui demandait exactement ce principe très simple. C'est la première fois que je m'étais engagé dans une campagne politique. On distribuait des paquets de mouchoirs sur lesquels était collé un coeur avec un 30 à côté. Des personnes avec qui je m'entendais très bien me prenaient pour le dernier des imbéciles cette fois-là. Le résultat avait été une claque monumentale puisque 80% de la population suisse avait dit non.

Aujourd'hui, tout le monde ou presque prône le 30 km/h. Le maire radical de Frauenfeld, Monsieur Anders Stokholm, a été mentionné tout à l'heure. Il est aussi le président de l'Union des villes suisses. De plus, le Conseil municipal de Bienne salue expressément l'intention des intervenants de continuer à faire progresser la limitation de vitesse à 30 km/h. Maintenant, la question est la vitesse de progression. Cela a très bien été dit par mon préopinant, la vitesse de progression se fait au cas par cas par le Conseil municipal. Nous, on souhaiterait que cela se fasse de manière plus claire, plus ambitieuse. Dans son rapport, l'Union des villes suisses demande que les villes

puissent introduire une limitation générale de vitesse à 30 km/h de manière rapide, simple et adaptée à la situation, car il s'agit de la mesure la plus simple, la moins coûteuse et la plus efficace pour améliorer la protection contre le bruit pour les riverains. Cette mesure de limitation de la vitesse augmente en outre, la sécurité pour toutes les personnes se trouvant dans la rue améliore la qualité de ces jours et l'attractivité des espaces publics.

Évidemment, on a aussi discuté dans notre Groupe de savoir si formellement il est possible de déposer cette demande comme une motion. Je pense que par moment, il faut clairement montrer le cap à suivre et c'est dans ce sens-là que notre Groupe va se prononcer pour le maintien de la motion. Je vous invite à aller dans ce sens.

**Brieche Dennis, Fraktion GLP+:** Auch wir haben diesen Vorstoss ausführlich diskutiert. Die Stossrichtung unterstützen wir voll und ganz. Die Fraktion GLP+ ist der Meinung, dass Tempo 30 in einer heutigen modernen Stadt ein Muss ist. Wir müssen uns deshalb die Frage stellen, was diesbezüglich in der Stadt Biel falsch läuft. Ich denke zum Beispiel an die verschiedenen, seit Jahren hängigen Vorstösse für eine Verkehrsberuhigung im Geyisried, die der Gemeinderat bis heute nicht umgesetzt hat und damit den Stadtrat schlicht ignoriert. Aufgrund dieser Untätigkeit verstehen wir, dass alle paar Monate neue Vorstösse zu diesem Thema eingereicht werden und auch, dass an der härteren Form der Motion festgehalten werden soll. Es ist in der Tat sehr schwer erklärbar, weshalb inzwischen Gemeinden wie Täuffelen oder Bühl beschlossen oder bereits umgesetzt haben, sämtliche Strassen abseits der Hauptstrasse mit Tempo 30 zu signalisieren. Aufgrund dieser Vorgeschichten ist es verständlich, dass jetzt erneut mit der Forderung nachgestossen wird. Der Fraktion GLP+ ist aber auch klar, dass das Anliegen, generell Tempo 30 auf sämtlichen Gemeindestrassen, zu weit geht.

Die Fraktion GLP+ ist der Ansicht, dass ein Netz mit Hauptstrassen, auf denen generell Tempo 50 gilt, sinnvoll ist. Deshalb haben wir beschlossen, den Antrag des Gemeinderats zu unterstützen. Wir sind der Meinung, dass die Motion in ein Postulat umgewandelt und erheblich erklärt werden soll. Wir unterstützen die Aufrechthaltung der Motion nicht.

**Scherrer Jürg, Fraktion SVP/Die Eidgenossen:** Es gibt einen Bundesgerichtsentscheid, der relativ alt ist, aber meines Wissens immer noch gültig. Das Bundesgericht hat damals entschieden, Tempo 30 auf verkehrorientierten Strassen, im Volksmund Hauptstrassen, ist möglich, sofern nicht flächendeckend. Die Gemeinde Bühl wurde vorhin erwähnt. Dort gilt Tempo 30, aber nicht flächendeckend auf dem ganzen Gemeindegebiet.

Wir kommen jetzt zum Problem, wenn auf den Hauptstrassen auf dem ganzen Stadtgebiet Tempo 30 eingeführt wird. In der Schweiz gibt es drei Zonen mit entsprechenden Regimes, Tempo 50 generell, Tempo-30-Zonen und Tempo-20-Zonen.

Im Rebbergquartier gilt Tempo 40, da bin ich als ehemaliger Polizeidirektor verantwortlich dafür. Gehen Sie dort schauen, die 40-er Zone muss nach jeder Kreuzung und nach jeder Verzweigung neu signalisiert werden. Natürlich kann ganz Biel eine Tempo-30-Zone sein. Damit haben Sie aber ein anderes Problem: In Tempo-30-Zonen sind, ausser bei Schulen und Heimen keine Fussgängerstreifen mehr zulässig. Wollen Sie das wirklich? Zudem wurde im Nationalrat ein Vorstoss erheblich erklärt, wonach auf verkehrorientierten Strassen Tempo 50 gelten soll. Gewisse

Benutzer von einem geltenden Gesetz auszunehmen und diesen Sonderrechte einzuräumen, geht gar nicht. Der ÖV muss genauso Tempo 30 fahren wie auch die Blaulichtorganisationen, wobei Noteinsätze, sofern Blaulicht und Horn eingeschaltet sind, die Tempolimiten überschreiten dürfen. Irgendwann käme jedoch auch dort ein Raserdelikt zum Tragen.

Die Fraktion SVP/Die Eidgenossen lehnt den vorliegenden Vorstoss ab. Ich mache mir natürlich keine Illusionen darüber, dass die links-grüne Mehrheit aus rein ideologischen Gründen an der Motion festhalten wird. Dies ändert jedoch nichts daran, dass der Gemeinderat nach wie vor verantwortlich ist.

**Leuenberger Bernhard, Fraktion FDP:** Ich komme gerade von einer Ferienreise nach Andalusien zurück. Dort haben alle grossen Städte wie Malaga, Sevilla und Cordoba Tempo 30 schon vor Jahren eingeführt. Einzig die grossen Verkehrsachsen haben eine Spur für Tempo 50. Auf den Durchgangsstrassen und auf allen anderen ist Tempo 30 markiert. Wir von der Fraktion FDP sagen im Gegensatz zu meinem Vorredner nicht grundlegend nein.

Ich persönlich habe nichts gegen Tempo 30 in der Stadt, weil im Grund der Dinge sowieso alle bereits heute nicht schneller fahren. Von Tempo 50 können wir höchstens auf gewissen Durchgangsstrecken sprechen. Das Verkehrsregime ist differenzierter anzusehen. In diesem Sinne unterstützen wir den Gemeinderat. Wir wollen nicht die Motion, sondern mit einem Postulat die entsprechenden Abklärungen vornehmen lassen.

**Hamdaoui Mohamed, Le Centre:** Cher Christophe, je me rappelle très bien de cette votation parce que c'était la première fois où je disposais du droit de vote. J'avais aussi perdu et depuis c'est arrivé souvent.

Je crois que maintenant, c'est vraiment admis par la plupart des gens que les zones 30km/h dans les villes sont un plus pour l'ensemble de la population. Or, de mon avis, c'est de moins en moins contesté et surtout s'il y a des exceptions. Il faut aussi préciser une chose importante pour éviter que ce soit une guerre de religion entre les pros et les anti-voitures. Ce n'est pas des mesures contre les voitures mais des mesures pour la quiétude de la population et le bien-être de la population. Donc, pour moi, c'est une évidence, mais il faut rappeler que dans le cas précis, on est simplement en train de discuter d'une manière formelle s'il faut maintenir cette intervention sous la forme d'une motion ou celle d'un postulat.

La logique voudrait, si l'on veut totalement rester dans le cadre légal, d'accepter la proposition du Conseil municipal, puisqu'effectivement ça relève de sa compétence. Toutefois, n'est-il pas de notre devoir d'adresser des messages à la population. C'est pour cette raison que je soutiendrai la motion, même si c'est avec un peu de mauvaise conscience.

**Arnold Niels, GLP:** Natürlich unterstütze ich den Antrag des Gemeinderats, die Motion in ein Postulat umzuwandeln und dieses zu prüfen. Trotzdem sind noch ein paar Worte dazu zu sagen.

Stichwort Blaulichtorganisation: Ich vermute, niemand im Stadtrat weiss, was das genau ist. Es gibt tatsächlich Probleme für die Feuerwehr. Wann wurde der Alarm ausgelöst? Bis wann müssen die Leute vor Ort sein? Vielfach sind es, im Gegensatz zu Biel, Milizen. Die Blaulichtorganisationen haben Qualitätsvorgaben, beispielsweise kann die Feuerwehr nicht einfach über eine rote Ampel fahren. Das stimmt eben nicht.

Trotzdem müssen sie die Zeit einhalten. Die Verkehrssteuerung ist komplex und aufgrund den verschiedenen Anspruchsgruppen schwer unter einen Hut zu bringen. Blaulicht muss Vortritt haben, schlussendlich geht es um Menschenleben!

**Rüber Stefan, Grüne:** Ich möchte nur kurz eine empirische Beobachtung festhalten. Mir ist aufgefallen, dass in 30-er-Zonen deutlich weniger Verkehrsampeln existieren als in 50-er-Zonen.

**Clauss Susanne, SP:** Ich habe eine Verständnisfrage: Der Gemeinderat schreibt, dass der Vorstoss nicht motionsfähig sei. Die Einführung einer 30-er-Zone bedingt jedoch eine Reglementsänderung und diese ist meiner Meinung nach motionspflichtig.

**Steinmann Alfred, Fraktion SP/JUSO:** Ich nehme Stellung zu einigen Aussagen. Wegen Tempo 30 generell muss nicht auf Fussgängerstreifen verzichtet werden. Der Städteverband beschreibt den Sachverhalt ausführlich. Er führt aus, dass nur die Hinweisschilder zur Tempolimite ausgewechselt werden müssen und der Rest bleibt gleich. Das ist ein neues Gesetz.

Die Blaulichtorganisationen wurden mehrmals erwähnt. Der Kanton Luzern hat eine Analyse dazu machen lassen. Mit der Änderung von Artikel 100 Absatz 4 Strassenverkehrsgesetz (SVG; SR 741.01) per 1. Oktober 2023 ist neu eine zwingende Strafmilderung und eine neue Beurteilungsmethode vorgesehen. In Zukunft wird nicht die Differenz der Fahrgeschwindigkeit gegenüber der signalisierten Höchstgeschwindigkeit, sondern lediglich diejenige zur, für den Einsatz angemessenen, Geschwindigkeit betrachtet. Mit dieser Regelung wird der besonderen Situation von Fahrerinnen und Fahrern von Blaulichtfahrzeugen Rechnung getragen. Die bisherige Rechtsprechung geht davon aus, dass eine Geschwindigkeit, welche die Schwellenwerte gemäss Artikel 90 Absatz 4 SVG übersteigen, während einer dringlichen Dienstfahrt nicht verhältnismässig ist. Diese Regel wurde aber soweit ich mich erinnere noch nie in einer Tempo-30-Zone angewandt. Die erwähnte Gesetzesänderung bringt es mit sich, dass die bisherige Rechtsprechung an Bedeutung verliert. Tempo 30 auf verkehrsorientierten Strassen innerorts hat keinen negativen Einfluss auf Blaulichtorganisationen. Der Kanton Luzern sagt das, nicht ich.

Dann haben wir gehört, dass grossflächig Tempo 30 gar nicht möglich ist. Der Gemeinderat kann aber in gut begründeten Fällen Ausnahmen machen. Es geht vor allem darum, die dort wohnende Bevölkerung zu schützen und nicht die AutofahrerInnen zu vergraulen. Wieso kann in einer Industriezone, wo niemand wohnt nicht mit Tempo 50 gefahren werden? Das ist absolut möglich und ich habe nichts dagegen.

Ich bitte Sie, den Vorstoss als Motion erheblich zu erklären.

**Scherrer Jürg, SVP:** Herr Steinmann, Sie verwechseln da etwas. Es gibt einen Unterschied zwischen der Signalisation von Tempo 30 mit einem einfachen Schild und der Signalisation «Zone 30». Ich habe vorhin gesagt, wenn Sie Tempo 30 nicht mit Zonen signalisieren, müssen Sie bei jeder Verzweigung und bei jeder Kreuzung eine entsprechende Tafel aufstellen und dann wären Fussgängerstreifen möglich. Es gibt allerdings eine bundesrätliche Verordnung, in welcher steht, dass in Tempo-30-Zonen Fussgängerstreifen, ausser bei Schulen und Heimen nicht zulässig sind. Bringen Sie bitte nicht Sachen durcheinander, um die Leute zu verunsichern.

**Widmer Patrick, UDC:** Je n'avais pas prévu de prendre la parole sur ce thème mais à force d'écouter des bêtises, on apprend à mentir. Certaines choses qui sont dites me touchent réellement lorsque l'on parle des zones 30km/h.

On habite et vit tous dans cette ville. Il me semble que nous sommes contents de cela et que nous avons la chance d'avoir une ville sans trop de circulation et sécurisée.

Par contre, on ne peut pas faire que de la zone 30km/h dans notre ville. Il y a des axes de transit où l'on doit pouvoir rouler un tout petit peu plus vite tout en sachant que c'est rarement le cas dans cette ville qu'on arrive à rouler à 50km/h. Je ne comprends pas pourquoi on devrait tout bloquer à 30km/h. Par ailleurs, on revient tout le temps avec le thème des « feux bleus » et des comparaisons sur ce qui se fait à Lucerne. J'ai dirigé pendant plus de 10 ans la coordination Suisse des sapeurs-pompiers et j'ai fait partie du concept sapeurs-pompiers qui est en passe d'être revu actuellement. Les temps de déplacement des sapeurs-pompiers sont réglés, c'est-à-dire après alarme, 10 minutes pour être sur place dans une zone densément peuplée et 15 minutes dans une zone non densément peuplée. Aujourd'hui toutes les communes en Suisse sont quasiment densément peuplées, c'est pourquoi, la Ville de Bienne a dû investir beaucoup d'argent, il y a bientôt 20 ans, pour créer un corps de sapeurs-pompiers professionnels car ce n'était plus possible avec des sapeurs-pompiers de milice de respecter ces règles d'intervention. Il est clair que l'on ne va pas créer des zones 30km/h ou 50km/h avec des exceptions uniquement pour les services d'urgences. De plus, il y a d'autres éléments comme les arbres ou les mesures de régulations de trafic par des éléments physiques qui rendent déjà l'intervention des services d'urgence difficile. Je ne vais pas discuter de cela maintenant mais on reviendra sur ce sujet bientôt. Pour revenir sur le sujet principal, je pense qu'à force de raconter n'importe quoi juste pour pouvoir dire que Bienne est la ville du vélo, on fait perdre à Bienne de son attractivité. Je suis le premier à me déplacer en vélo dans toute la ville quand il fait beau et qu'il ne fait pas trop froid mais j'aimerais bien que la circulation passe autour de la rue où je vis et non directement dans cette rue. Je vous prie d'arrêter de mettre des pierres d'achoppement dans tous les sens afin d'emmerder le monde au nom d'une idéologie « rose-verte » qui n'apportera rien. Cela va même créer des bouchons supplémentaires. Puis, pour revenir sur l'histoire des sapeurs-pompiers, arrêtez de raconter n'importe quoi, même Monsieur le Maire commence à raconter des salades à ce sujet. Je vous prie de réfléchir un peu avant de parler car vous serez les premiers à râler le jour où les « feux bleus » ne pourront pas intervenir dans les temps chez vous.

**Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** Ich bin ein bisschen überrascht von dieser animierten Debatte. Das Thema erscheint mir aber wichtig. Der Gemeinderat unterstützt grundsätzlich das Anliegen des Vorstosses. Wir sind auch Teil vom Städteverband. Insofern gibt es dort ein gemeinsames Interesse. Der Vorteil von Tempo 30 ist unbestritten, dazu stehen wir und das setzen wir auch um. Auf Seite 2 der Beantwortung sehen Sie den Situationsplan mit den Zonen und Geschwindigkeiten. Heute ist aus verschiedenen Gründen nicht das ganze Gebiet umgesetzt. Die Gründe sind in der Beantwortung dargelegt. Zum Geyisried kann ich Ihnen sagen, dass Massnahmen geplant und im Agglomerationsprogramm der 4. Generation enthalten sind. Ich kann Ihnen versprechen, dass wir dort dran sind.

Ein weiterer Diskussionspunkt betrifft die verkehrsorientierten Strassen; im landläufigen Sinn geht es dabei um Hauptstrassen. In der Praxis ist der Begriff aber nicht ganz so klar. In Biel können verkehrsorientierte Strassen auch Strassen sein, die Quartiere bedienen. Entsprechend ist eine buchstabengetreue Umsetzung nicht einfach. Die heutige Praxis ist in diesem Zusammenhang kritisch anzuschauen.

Temporeduktionen, um dem Lärmschutz gerecht zu werden, sollen nicht mehr möglich sein. Das würde uns vor sehr grosse Probleme bei der Umsetzung des Lärmschutzkonzepts stellen. Temporeduktionen sind dafür die effizienteste Massnahme, sie reichen jedoch nicht immer. Manchmal müssen auch Beläge verbaut werden. Im Zusammenhang mit den verkehrlich flankierenden Massnahmen (vfM) auf den Hauptachsen prüfen wir im Moment, wo Massnahmen möglich sind und wo nicht. Ein weiteres Problem der nationalen Bestrebungen ist der grosse Eingriff in die Gemeindeautonomie. Wir in Biel können am besten beurteilen, wo welche Geschwindigkeit angebracht ist. Wir können jedoch nicht einfach Schilder wechseln und entsprechende Markierungen machen, denn sämtliche Verkehrsmassnahmen, auch wenn es keine Gutachten braucht, müssen wir vom Kanton genehmigen lassen.

In dem Zusammenhang ist es auch richtig, dass Verkehrsmassnahmen in die Kompetenz des Gemeinderats fallen. Es muss kein Reglement angepasst werden, denn es gibt keines, welches über Temporegime bestimmt. Aus Sicht des Gemeinderats ist der Vorstoss deshalb nicht motionsfähig.

Ich erwähne ein paar umgesetzte Beispiele der letzten Jahre: Da sind die Tempo-30-Zonen in Vingelz, im Bubenbergr-Quartier sowie am Forellenweg. Ausserdem wurde in weiteren Strassen in den letzten Jahren Tempo 30 eingeführt. Wir bleiben am Thema dran. Mir erscheint wichtig, zwischen Tempo-30-Zonen und Tempo 30 zu unterscheiden. Das ist auch eine finanzielle Frage.

Herr Steinmann, Sie sprechen in erster Linie von Tempo-30-Zonen, wo es im Unterschied zu Tempo 30 entsprechende bauliche Massnahmen braucht. Die Umsetzung auf einmal machen, ist nicht bewältigbar. Insofern ist es auch nicht so, dass der Stadtrat quasi über einen Sammelkredit entscheidet. Wenn es nur darum geht, Schilder zu wechseln oder Markierungen anzubringen, können diese Arbeiten über budgetierte Mittel abgedeckt werden. Aus unserer Sicht ist es, auch was den finanziellen Teil betrifft, nicht zwingend notwendig, dass der Stadtrat darüber entscheidet. Dem Stadtrat sollen vor allem grössere Zonen vorgelegt werden.

Aus diesen Gründen empfiehlt Ihnen der Gemeinderat, den Vorstoss in ein Postulat umzuwandeln und erheblich zu erklären.

### **Abstimmung**

- über den Antrag der Urhebenden, den Vorstoss als Motion erheblich zu erklären.

**Der Antrag wird angenommen.**

## **5.1 Wahl der Mitglieder und des Präsidiums der Finanzkommission (Fortsetzung)**

**Loderer Benedikt, Stadtratspräsident:** Wir kommen zurück zu unseren Wahlen für die Finanzkommission.

### **Abstimmung**

3. Der Stadtrat wählt als Mitglieder der befristeten Finanzkommission folgende Personen:

ausgeteilte Wahlzettel:	50
eingegangene Wahlzettel:	50
ungültig:	0
absolutes Mehr:	21

**Gewählt sind:**

Rüber Stefan (Grüne), <b>Präsident</b>	47
Sprenger Titus (Passerelle)	39
Stocker Julien (GLP)	39
Bord Pascal (PRR)	37
Sutter Andreas (FDP)	36
Rodriquez Julian (SP)	33
Roquet Hervé (PSR)	33
Tanner Anna (SP)	33
Widmer Patrick (UDC)	28

Stimmen haben erhalten:

Celik Pir Chè (PdA)	16
Maurer Stefan (SVP)	16
Augsburger-Brom Dana (parteilos)	5
Heiniger Peter (PdA)	3

**Loderer Benedikt, Stadtratspräsident:** Die Kommission ist damit gewählt. Ich gratuliere den Gewählten und wünsche Ihnen alles Gute. Stefan Rüber ist nicht nur der Bestgewählte, sondern er ist auch Kommissionspräsident. (*Applaus*)

**5. 20230237 Finanzkommission (Fortsetzung)**

**Abstimmung**

- über den Antrag der Fraktion GLP+ betreffend Einsichtnahme der Finanzkommission in den Jahresbericht der Finanzkontrolle.

**Der Antrag wird angenommen.**

## Abstimmung

4. Der Stadtrat genehmigt das Pflichtenheft.
5. Für die Umsetzung der befristeten Finanzkommission bewilligt er einen Verpflichtungskredit Nr. 301000000.18000 von 27 500 Franken (7500 Franken pro Jahr und 5000 Franken für 2024) in der Erfolgsrechnung für die Jahre 2024–2027.
6. Für die Umsetzung der befristeten Finanzkommission bewilligt er einen Verpflichtungskredit Nr. 300000000.18000 von 14 815 Franken (4040 Franken pro Jahr und 2695 Franken für 2024, inkl. Spesen) in der Erfolgsrechnung für die Jahre 2024–2027.
7. Er beauftragt das Stadtratsbüro mit dem Vollzug dieses Beschlusses. Projektänderungen, welche den Gesamtcharakter des Projekts nicht wesentlich verändern, gelten als genehmigt.
8. Die dringliche überparteiliche Motion 20230237, Clauss Susanne, Fraktion SP/JUSO, Schiess Christophe, Fraktion Grünes Bündnis, Moeschler Marie, Fraktion PSR «Finanzkommission jetzt!» wird als erfüllt abgeschrieben.

**Loderer Benedikt, Stadtratspräsident:** Ich unterbreche die Sitzung. Wir sehen uns um 20.55 Uhr wieder.

## Sitzungsunterbruch: 19.55 bis 21.00 Uhr

### 6. 20200378 Diversität und Inklusion bezüglich der Mitarbeitenden der Stadtverwaltung Biel / Bestandsaufnahme

**Scheuss Urs, GPK:** Die GPK hat verschiedene Punkte diskutiert und Fragen gestellt. Warum wird dieser Bericht dem Stadtrat vorgelegt? Viele Konzepte oder Strategien werden dem Stadtrat nicht vorgelegt. Die Erklärung ist, dass damit der Prüfauftrag zum Postulat (20190382, «Chancen für alle Geschlechter») erfüllt wird. Das Postulat ist aber noch nicht abzuschreiben, weil uns ein Zwischenstand präsentiert wird oder wie es im Titel heisst, eine Bestandsaufnahme. Eine Aktualisierung des Konzepts folgt. Der Bericht ist aus folgenden Gründen wichtig: Für eine attraktive Arbeitgeberin wie die Stadt Biel, ist es gerade in Zeiten des Fachkräftemangels wichtig, für alle Bevölkerungsgruppen offen zu bleiben und über eine grosse Auswahlmöglichkeit zu verfügen. Natürlich ist das Thema auch für den sozialen Zusammenhalt wichtig. Schliesslich nimmt die Stadtverwaltung als Arbeitgeberin eine Vorbildfunktion ein. Eine Vertretung aller Bevölkerungsgruppen trägt ausserdem zur Legitimierung der öffentlichen Verwaltung in einem demokratischen Staat bei.

Eine inhaltliche Debatte haben wir ebenfalls geführt. Uns stellte sich die Frage, wie das Controlling abläuft. Dazu steht im Bericht und im Konzept nur ein Satz. Angaben über wann und wie oft fehlen. Was bedeutet es, wenn festgestellt wird, dass ein Ziel nicht



erreicht wurde? Das bleibt offen. Wichtig ist jedoch, dass die Massnahmen festgehalten sind und eine Übersicht zum Stand der Umsetzung erstellt wird.

Der Vorschlag für die neue Bezeichnung «Ausschuss für Gleichstellung und Diversität» im Personalreglement wurde diskutiert. Grundsätzlich spricht nichts dagegen. Zudem soll in vier Jahren ein weiterer Bericht mit den aktualisierten Angaben zur Kenntnisnahme folgen. Die Idee ist, dass das Anliegen, wenn es dann vollständig umgesetzt ist, zu einer Daueraufgabe wird und jeweils im Geschäftsbericht darüber informiert wird. Im Moment ist das Ganze noch im Aufbau. Die GPK nimmt Kenntnis vom vorliegenden Bericht.

**Tanner Anna, Fraktion SP/JUSO:** Zuerst einen grossen Dank an die Stadtverwaltung und alle Beteiligten für die Bestandesaufnahme zu Inklusion und Diversität in der Stadtverwaltung. Es geht um Ziele, die erreicht wurden und die noch erreicht werden sollen. Die Fraktion SP/JUSO unterstreicht die Wichtigkeit des Konzepts. Unsere gesellschaftlichen und individuellen Lebensrealitäten sind komplex, wandeln sich und geniessen zu Recht eine gesellschaftspolitische Aktualität. Es ist uns wichtig, dass die Stadtverwaltung als Arbeitgeberin den Umgang mit Minderheiten oder stigmatisierten Gruppen in das Konzept aufnimmt. Die Stadtverwaltung soll zukunftsgerichtet, offen, fortschrittlich agieren und dazu braucht es eben ein Bewusstsein für diese Themen. Dieses wird durch solche Konzepte gestärkt.

Verschiedene Vorstösse zu den Themen Gender, Zweisprachigkeit, Inklusion und Prekarität wurden bereits eingereicht. Das Konzept versucht jetzt alle Vorstösse zusammenzufassen und effizient auf die Bieler Stadtverwaltung anzupassen und umzusetzen.

Zu den Dimensionen Geschlecht und Zweisprachigkeit besteht eine lange Tradition. Beide Bereiche wurden bereits ausführlich diskutiert. Deswegen sind diese Kapitel im vorliegenden Bericht ausgereifter als andere. Zum Thema Geschlecht möchte ich trotzdem noch kurz einhaken. Wir fragten nach dem Bericht zur Lohnvergleichsanalyse und konnten diesen einsehen. So lange die Lohngleichheit zwischen den Geschlechtern nicht erreicht ist, muss dort unbedingt der Finger darauf gehalten werden. Auch in der Bieler Stadtverwaltung besteht immer noch ein Lohnunterschied und zwar ein erklärbarer und ein nicht erklärbarer. Frauen verdienen 10,7% weniger als Männer. Die unerklärbare Lohndifferenz liegt bei 2,3%. Es ist ein gesamtgesellschaftliches Problem, nicht nur in der Bieler Stadtverwaltung, aber es ist und bleibt ein Problem. Solange dieses besteht, müssen wir daran arbeiten. Im Austausch mit der Personalchefin wurde gesagt, dass die Stadtverwaltung schon viel unternommen und Fortschritte erzielt hat. Das verdient Wertschätzung und Anerkennung und dafür danke ich.

Das Bewusstsein über Mehrgeschlechtlichkeit wird über den Sprachgebrauch gewonnen. Deswegen mache ich beliebt, dies auch im Bericht entsprechend zu erwähnen und nicht nur von zwei Geschlechtern, sondern von allen Geschlechtern zu sprechen.

Die Dimension der Beeinträchtigung ist sehr kurz gehalten, obwohl wir im Stadtrat darüber diskutiert haben, mit Nischenarbeitsplätzen Leute, die nicht unbedingt Sozialhilfe beziehen, in die Stadtverwaltung zu integrieren. Dazu gehören natürlich die ganzen Beeinträchtigungspunkte wie beispielsweise Barrierefreiheit oder Zugänge für Leute mit Seh- oder Hörbeeinträchtigung. Da besteht noch Ausbaubedarf.

Die Vertrauensstelle wird unter der Dimension der transkulturellen Vielfalt erwähnt. Es ist wichtig, dass die Stelle in der Stadt und in der Stadtverwaltung bekannt ist. Die Vertrauensstelle ist auch bei Mobbing oder sexualisierten Übergriffen am Arbeitsplatz zuständig und nicht nur bei rassistischen Diskriminierungen.

Das Konzept ist für die Stadtverwaltung intern und nicht für die Bevölkerung bestimmt. Wichtig ist das Bewusstsein für die Thematik bei den Mitarbeitenden der Stadtverwaltung. Dadurch ergibt sich ein Mehrwert für die Bevölkerung, die den Service public in Anspruch nimmt.

**Kilezi Ruth, au nom du Groupe PSR:** Je souhaite remercier le Conseil municipal pour son rapport que nous avons lu avec attention. Toutefois, je crois qu'il est essentiel, bien que le rapport ait pour objet l'état des lieux et une description stratégique, d'avoir un esprit critique et ainsi formuler quelques remarques. En introduction, le rapport offre une présentation soignée et détaillée, agrémentée de quelques illustrations. Cependant, il se contente principalement de décrire les actions entreprises jusqu'à présent, celles en cours ainsi que les prévisions sans fournir une évaluation exhaustive de l'efficacité. En résumé, on a fait cela, on est en train de faire cela et on prévoit de faire cela. C'est super car 80% des mesures ont été mises en œuvre ou sont en cours. Or, on ne connaît pas l'impact de ces mesures car elles demeurent largement non-évaluées. En somme, le rapport insiste sur la réussite des initiatives sans fournir d'analyses approfondies quant à leur efficacité réelle.

Il aurait été judicieux d'établir une analyse de l'évolution des mesures prises. Cela nous aurait permis de savoir si cela évolue de manière linéaire ou exponentielle. Par exemple, il aurait été pertinent d'examiner l'évolution de la proportion de femmes occupant des postes de cadre au sein de la municipalité sur une période de 10 ans de 2013 à 2023 en fournissant des données chiffrées pour chaque année, cette approche aurait permis d'évaluer de manière précise le taux d'accroissement annuel de cette catégorie et cela aurait pu être étendu à d'autres catégories également.

Si on a tout bien fait, comme le laisse entendre ce rapport, comment peut-on avoir de telles statistiques qui sont récurrentes ? Une autre critique porte sur l'absence de mesures concernant les origines ethniques et géographiques en tant que point d'ancrage d'une stratégie d'inclusion. Il serait logique de s'interroger, par exemple sur la proportion de personnes d'origine afro-descendantes travaillant au sein de l'administration biennoise.

Cependant, l'absence de réponse à de telles questions réside dans le fait qu'aucune mesure n'est prise, tout simplement parce que la représentation de ces groupes au sein de l'administration est probablement faible et, en sus, il n'existe aucune statistique de manière générale. Une autre observation concerne le manque de chiffres pour les dimensions telles que le handicap, la diversité transculturelle et l'origine ainsi que la dimension LGBTIQ+. Pourquoi ces données ne sont-elles pas fournies ? On pourrait également supposer que les pourcentages de représentation de ces groupes soient également faible, ce qui rend difficile leur mesure. Au point 5.8 sur la sensibilisation, en examinant les mesures envisagées pour cette dimension, je m'interroge sur l'absence de prévoyance pour des formations ou des ateliers internes portant sur les questions de diversité et d'inclusion. Mettre en place une page internet ou une plateforme pour le personnel est certes une bonne initiative mais la sensibilisation serait grandement renforcée par des sessions de formation ou des ateliers où le personnel est activement engagé dans la réflexion sur ces questions. Par ailleurs, il est mentionné qu'il est prévu de transformer le comité pour les questions d'égalité entre

femmes et hommes en un groupe de travail pour l'égalité et la diversité. Cette modification semble purement sémantique. Plutôt que de maintenir un simple comité, la Ville de Bienne aurait davantage besoin d'un bureau dédié à l'égalité et à la diversité consacrant exclusivement des efforts à la mise en œuvre de mesures concrètes pour promouvoir ces valeurs.

Bienne étant une ville cosmopolite bilingue et attrayante, il est impératif que l'administration reflète de manière adéquate la diversité de sa population. Pour quiconque a une conscience minimale des enjeux liés à l'inclusion, à l'intégration, au féminisme et aux problématiques au travail, il est vraiment difficile de prendre ce rapport au sérieux. On salue toutefois l'initiative de la Ville de Bienne à vouloir promouvoir la diversité et l'inclusion. Cependant, il est impératif de mener une analyse approfondie afin de véritablement comprendre les enjeux et les défis associés à ces valeurs. Je vous remercie.

**Tonon Ariane, au nom du Groupe Alliance Verte:** Je m'exprime au nom de la fraction Alliance Verte. Je remercie tout d'abord le Conseil municipal d'avoir fourni ce rapport et salue vraiment le réel effort de mise en œuvre des stratégies destinées à favoriser la reconnaissance et l'inclusion d'une diversité qui se veut représentative de la population dans les postes de l'administration. Il y a une volonté manifeste d'agir. Cependant, nous notons que ce processus est très lent, ce que confirment les statistiques aussi bien dans le domaine du bilinguisme que dans le domaine de la parité entre femmes et hommes, qui apparaît dans le rapport sous la dimension sexe. Nous avons deux remarques au sujet du processus. Les arguments évoqués pour expliquer la lenteur sont la faible fluctuation du personnel, ce qui est réjouissant en soi, et la difficulté à trouver des personnes très qualifiées dans de nombreux domaines, ce qui renverrait au deuxième rang les critères de sexe et/ou de langue lors du choix d'une personne à engager. Cette posture qui consiste à dire en substance, que les progrès sont lents parce qu'il n'y a pas de femme ou de francophones qui se présentent ou qui disposent des qualifications est réellement vieillotte et là, j'utilise un adjectif très gentil, ça sent la naphtaline. C'est devenu un dogme à force d'être répété. Je pense que lorsque je suis née, on disait déjà la même chose par rapport à la Ville, par rapport aux femmes et par rapport aux francophones, et ça sent surtout l'excuse facile à plein nez. Et si un tel constat est dressé, si vraiment il est difficile de trouver du personnel qui soit représentatif de l'ensemble de la population, pourquoi est-ce que l'on ne va pas examiner la situation sous l'angle des mesures à prendre pour considérer ces 3 critères au même niveau, plutôt que de donner une excuse éculée?

Deuxième remarque concernant le processus lent. Les statistiques fournies concernent les postes de cadres chargés de conduite et les postes des autres responsables hiérarchiques avec une mobilité de 3 à 4% en faveur de la parité sur 4 ans pour cette seconde catégorie. En ce qui concerne les postes de cadres chargés de conduite, on a plutôt une évolution immobile.

Nous comprenons bien que l'effort principal du travail ait porté sur les postes de cadre mais qu'en est-il des autres secteurs et statuts professionnels, est-ce que l'on dispose de statistiques ? Est-ce que l'on a suivi l'inclusion concernant la répartition des 1'591 personnes qui travaillent pour l'administration biennoise, les postes qu'elles occupent en fonction de leur appartenance linguistique, sexuelle ou encore, si elles sont issues de la migration par exemple, peut-on nous fournir ces statistiques ou les intégrer dans le prochain rapport.

Je passe maintenant au point 5.3 concernant la dimension « handicap », qui est tellement succinct que l'on ne comprend pas très bien quels sont les processus mis en place à compléter pour le prochain rapport. Nous regrettons vraiment de ne pas en savoir plus et de ne pas avoir d'information à ce sujet. Venons-en maintenant à la question de la diversité culturelle et des origines. Il est particulièrement réjouissant de constater que 65 nationalités différentes travaillent dans l'administration biennoise, mais où travaillent ces personnes ? Est-ce des personnes qui se dirigent plutôt vers le français ou les langues allemandes ou alémaniques ? Nous n'en savons rien. Pourquoi n'est-il pas possible non plus de recenser plus d'une nationalité, en l'occurrence la nationalité suisse, par personne ?

Pourquoi n'est-il pas possible de recenser plus d'une langue par personne ? Ne pas avoir ces données, ne pas avoir ces statistiques, c'est ne pas connaître, et surtout reconnaître les compétences liées au parcours de vie des employés, notamment en matière linguistique mais pas seulement. Ce faisant, c'est une perte pour l'employeur qui est la ville de Bienne, c'est une perte de ressources et de compétences diversifiées, c'est une perte pour les services à la population.

Nous avons là encore un point de remédiation possible dans la mise en œuvre d'une intégration de la diversité culturelle, un point qui devrait figurer aussi absolument dans le prochain rapport, c'est-à-dire, que pour pouvoir répondre à ces questions, il est essentiel de revoir la manière de procéder et d'évaluer. Par ailleurs, concernant le manuel des bonnes pratiques du langage inclusif, nous avons déposé une interpellation voici plus d'une année, il nous a été répondu à la mi 2023 que d'ici la fin de l'année, nous serions en possession de ce manuel et de nouvelles directives concernant le langage inclusif. Ces documents ne nous ont pas été remis, ni dans une langue ni dans de l'autre. Que se passe-t-il ?

Nous saluons évidemment la modification de l'intitulé « Comité égalité femmes hommes » en « Comité pour l'égalité et la diversité » et nous espérons que les tâches qui lui seront confiées correspondront à ce nouveau titre. Nous l'avons vu, le processus est lent, il demande et demandera des ajustements et il est judicieux que nous en soyons informés régulièrement. Il demandera, comme l'ont soulevé mes prédécesseurs, des mesures de l'impact de la mise en place de formations, quelque chose de plus concret que simplement la froideur de statistiques ou du descriptif factuel. Pour ça, nous proposons un amendement à l'arrêté concernant ce rapport, un amendement qui dit « Dans 4 ans, le Conseil municipal soumettra au Conseil de ville pour information un nouveau rapport avec des données actualisées ». Je vous recommande donc d'accepter le rapport avec cette modification de l'arrêté.

**Moeschler Marie, PSR:** Est-ce que vous savez combien de personnes dans cet hémicycle ne font pas partie de la diversité à inclure, c'est-à-dire la norme ? 23, soit les 23 hommes, cis, germanophones, valides et de nationalité suisse. C'est quand même choquant et ce qui est encore plus choquant, c'est de constater que cette norme se moque éperdument des gens qui prennent la parole sur ce type de rapport. Je vous remercie.

**Müller Lukas, parteilos:** Mein Votum soll zeigen, dass die Stadtverwaltung systematisch talentierte, qualifizierte und motivierte Personen bei der Stellenvergabe ausschliesst. Ein kurzer Blick auf das Job-Portal der städtischen Internetseite bestätigt das. Gesucht wird beispielsweise eine Mitarbeiterin/Mitarbeiter zur Kontrolle des ruhenden Verkehrs in einem Pensum von 50%, also jemand der Bussen verteilt in den Quartieren. Voraussetzungen für die Stelle sind Führerausweis Kategorie B und eine

abgeschlossene Berufsausbildung sowie mehrjährige Berufserfahrung, vorzugsweise in einer ähnlichen Funktion. Biel hat eine Arbeitslosigkeit, welche unter den höchsten der Schweiz ist und auch eine der höchsten Sozialhilfequoten. Kein Wunder bei solchen Stellenausschreibungen!

Alors, il a aussi encore ce que vous cherchez, c'est une assistante socio-éducative ou assistant, source ou parti aussi, là-bas, il faut un CFC d'assistants sociaux éducatifs pour un poste de 20%.

Ausserdem wird ein Erlebnispädagoge in einem Pensum von 10% gesucht. Sie sind gerne in der Natur unterwegs und verfügen über eine anerkannte Ausbildung als Erlebnispädagoge. Ich habe nachgeschaut, die Ausbildung dauert 25 Monate und kostet bei einer Privatschule knapp CHF 11'000. Wenn es gut kommt, beträgt der Lohn CHF 30 in der Stunde. Denken Sie wirklich, dass Leute sich umschulen lassen und nachher als Erlebnispädagoge in einem 10%-Pensum arbeiten? Wollen Sie nicht die Job-Angebote ein bisschen offener formulieren? Damit könnten Bielerinnen und Bieler, die vielleicht nicht genau den Kriterien entsprechen, jedoch motiviert sind und aufsteigen wollen, gewonnen werden. Das hätte zudem den Vorteil, dass die Leute hier in Biel Steuern zahlen. Das Budget würde ein bisschen entlastet und es würde einen deutlich besseren Service geben, wenn Sie mehr Leute engagieren könnten.

**Bord Pascal, PRR:** Monsieur le Président, chers collègues, il n'y a que deux chiffres que j'ai quelque peu suivi, c'est la part des romands qui a augmenté au sein des employés de l'Administration, ce qui est une bonne chose puisque la part de romands a augmenté au sein de la population biennoise. Mais pour l'autre élément pour lequel j'avais déposé des interpellations, à savoir la part de cadres romands, ça n'a pas beaucoup progressé.

Quelques mesures ont été prises, il y a eu beaucoup de communication, mais les résultats ne sont pas très bons. Je pense qu'il faut retravailler ce programme. Ce n'est pas simplement car on veut que les romands dirigent, mais il y a l'aspect culturel et l'aspect des réseaux et d'autres éléments qui viennent avec, je pense que ce thème-là doit être retravaillé parce que des progrès sont à faire, on ne peut pas justifier un tel taux de cadre romands dans l'administration.

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Ich danke denjenigen, die den Bericht gewürdigt und eingeordnet haben. Dem Stadtrat liegt, wie gewünscht, ein Konzept vor. Es stellt eine Grundlage zum Controlling und zur Beobachtung der Entwicklung dar. Eine erfolgreiche Umsetzung des Konzepts bedeutet nicht, dieses zu erstellen, den Mitarbeitenden vorzustellen und eine Woche später ist alles umgesetzt. Das braucht seine Zeit. Auswertungen sind deshalb erst zu einem späteren Zeitpunkt sinnvoll. Für das Konzept verantwortlich sind übrigens Andrea Künsch-Wälchli, Leiterin Personal- und Organisationsentwicklung zusammen mit der Leiterin Personelles, Simone Monnier. Der Gemeinderat bestreitet die Bedeutung der Inklusion nicht. Sie können sie jedoch nicht einfach dekretieren. Führungskräfte und Mitarbeitende der Stadtverwaltung müssen mit auf den Weg genommen werden. Für ein gutes Arbeitsumfeld ist nicht nur der Vorgesetzte massgebend, sondern auch der Umgang im Team und den KollegInnen. Deshalb muss der Weg Schritt für Schritt gegangen werden.

Maintenant, Madame Kilezi, Madame Tonon, je suis quand même un peu étonné des propos que vous avez tenus. Vous n'avez pris aucun contact avec les responsables, ni avec moi, ni avec les responsables du personnel, et vous lancez une critique large

dans tous les sens. Je considère que ce n'est ni justifié ni qualifié. Si vous aviez pris contact, on aurait pu se parler et vous expliquer certaines choses. On parle ici, je l'ai dit tout à l'heure, d'un concept et pas d'une évaluation. Vos critiques seraient justifiées si l'on parlait d'une évaluation. Les chiffres et les statistiques viendront plus tard au fil du temps. Je regrette vraiment que vous ayez agi de la sorte oui. L'amendement que proposent les Verts, de faire un nouveau rapport d'ici 4 ans et de décider alors si l'on raye certaines interventions du rôle, ça, je pense que c'est justifié. Concernant la langue inclusive Madame Tonon, il faut déposer la question et je vous réponds volontiers. C'est actuellement en consultation dans les directions. Donc si vous avez posé la question derrière mon dos, c'est regrettable. Quand vous voulez des réponses, vous me déposez les questions, j'organise les réponses et je vous les donne, il n'y a pas de problème mais il faut jouer et fair-play avec moi.

Monsieur Bord, votre constat sur l'évolution des cadres romands, le Conseil municipal ne le partage pas. Ça s'améliore au fur et à mesure. J'aimerais juste souligner une des directions qui a souvent été critiquée, la direction TEE, dont le chef des constructions est romand et a succédé à un suisse-allemand. Les choses bougent, on est sur une bonne voie, je pense que les 50% de cadres féminines, on va les avoir d'ici la fin de l'année, et l'évolution au niveau des cadres francophones va aussi dans le bon sens.

Ich komme jetzt zur Erlebnispädagogik. Herr Müller, wenn ich Ihnen zuhöre, bin ich nicht ganz sicher, ob ich der Erlebnispädagoge bin oder an einem erlebnispädagogischen Seminar teilnehme. Ihre Äusserungen sind schlicht absurd und das finde ich schade. Für die Betreuung in den Kitas oder Tagesschulen gibt es bei Stellenausschreibungen kantonale Vorgaben über die Qualifikationen der Mitarbeitenden und den Beschäftigungsgrad. Das macht zum Teil die Rekrutierung schwierig und Herr Müller, die Vorgaben kommen vom dafür zuständigen Regierungsrat Schnegg, SVP. Natürlich können Sie hier Kritik äussern. In diesem Fall wäre es aber vielleicht besser gewesen, vorher Kontakt aufzunehmen und sich die Fragen beantworten zu lassen. Ein Ziel der Stadtverwaltung ist es, Leuten mit gewissen Defiziten eine Chance auf dem Arbeitsmarkt zu geben. Das machen wir immer wieder. Die Personalabteilung vermittelt regelmässig solche Leute, aber nicht dort, wo kantonale Vorgaben bestehen. Deshalb sage ich, dass Ihre Äusserungen absurd sind. Sie haben einen gewissen Unterhaltungswert, aber mehr nicht. Ausserdem gibt es in der Stadtverwaltung, wie überall im Wirtschaftsleben, immer weniger niederschwellige Aufgaben. Das ist bedauerlich aber Realität und in der Tat eine immer grössere Herausforderung. Wichtig ist, dass die Leute nicht von der Sozialhilfe abhängig sind und selbst bestimmt ein würdiges Leben führen können. Sie haben noch etwas gesagt, was auch nicht stimmt und mich ärgert. Die Stadt Biel hat nicht eine sehr hohe Arbeitslosenquote. Die Arbeitslosenquote der Stadt Biel ist über dem nationalen und kantonalen Durchschnitt, das ist richtig. Gegenüber den frühen 1990-er Jahren mit einer Quote von 10% und mit Blick auf die Wirtschaftsstruktur, sind wir heute gut unterwegs. Es ist schade, wenn Leute von innen heraus unsere Stadt schlechtmachen.

## **Der Stadtrat nimmt Kenntnis vom Bericht des Gemeinderats.**

### **Abstimmung**

- über den Vorschlag der Fraktion Grünes Bündnis, welcher den Gemeinderat auffordert, in vier Jahren einen Bericht mit aktualisierten Angaben vorzulegen.

**Der Vorschlag wird angenommen.**

## **7. 20220128 Realisierungskredit für die Neugestaltung Unterer Quais**

**Loderer Benedikt, Stadtratspräsident:** Zum Geschäft liegt ein Rückweisungsantrag der Fraktionen PRR und FDP vor. Zuerst wird über diesen debattiert.

**Paronitti Maurice, au nom du Groupe PRR:** Le renvoi de l'affaire au sens de la proposition qui est formulée que vous trouvez sur vos tables se justifie d'abord par l'incertitude quant à la possibilité de réaliser le projet sous l'aspect des critères de la protection des monuments historiques. En effet, avant de mettre ce projet en votation populaire, nous devrions exclure le moindre risque qu'il échoue en procédure d'octroi de permis de construire.

C'est une question de clarté et d'honnêteté vis-à-vis des votants et votantes biennois. Or, une opposition substantielle au projet, mais vous le savez certainement, est maintenue dans la procédure en cours. Le risque d'un échec est aujourd'hui encore réel. Les opposants ayant annoncé qu'ils iront jusqu'au bout des instances judiciaires. Par ailleurs, et sur le fond, nous nous joignons à l'aspiration des opposantes dans la procédure de permis de conduire. Ces opposantes, qui soutenues quand même par 1'600 pétitionnaires, souhaitent garder au Quai du bas une allée d'arbres avec son caractère de promenade généreuse de centre-ville. Certes avec un régime de circulation, fondamentalement nouveau où nous aurions aussi pu dire quelque chose. Toutefois, il s'agit d'une bande verte quelque peu élargie et étoffée mais la rue reste toujours rectiligne et assez large pour garantir la sécurité de la circulation restante et notamment des vélos. De plus, un trottoir le long des balustrades qui serait dorénavant perméabilisée et tout ça en tant qu'axe privilégié vers notre lac. C'est pourquoi, afin de permettre au Conseil municipal de revoir le projet en ce sens et donc d'augmenter les chances d'être accepté en votation populaire, notre groupe vous propose d'accepter notre demande de renvoi.

**Scheuss Urs, Fraktion Grünes Bündnis:** Wir haben über dieses Vorhaben 2022 im Rahmen des Projektierungskredits, also vor fast zwei Jahren schon einmal diskutiert und abgestimmt. Die grundsätzliche Debatte haben wir damals geführt. Wir hatten damals auch einige Richtlinien zur weiteren Planung beschlossen. Der vorliegende Bericht hält fest, wie diese Punkte alle umgesetzt wurden. Ein Teil wurde tel quel umgesetzt. Ein Teil konnte nicht genau umgesetzt werden, ist aber sachlich und nachvollziehbar begründet und wird nicht bestritten. Insofern finde ich den Bericht sehr gut geschrieben. Der Gemeinderat und die Verwaltung haben das geliefert, was wir damals bestellt haben, da kann ich nur danken für die geleistete Arbeit.

In der Zwischenzeit tauchten aber Bedenken in einem Bereich auf, den mein Vorredner erwähnt hat. Es geht um die Frage, ob das vorliegende Projekt den ISOS-Richtlinien (Bundesinventar der schützenswerten Ortsbilder der Schweiz von nationaler Bedeutung) entspricht. Die IG «Retten wir den Unteren Quai» hat zu dieser Frage eine Petition eingereicht. Der Gemeinderat hat sich dem Anliegen angenommen und das Projekt entsprechend angepasst. Offenbar genügen die Anpassungen noch nicht. Insofern liegt es wieder an uns, dem Stadtrat, weitere Anpassungen zu fordern. Das Mittel dazu haben wir nur mit einer Rückweisung. Der vorliegende Rückweisungsantrag zielt darauf ab. Dem Charakter der Allee entlang der Schüss entspricht eben nur eine

gerade Strasse. Nicht bestritten wird die Aufwertung des Schüssquais insgesamt, sowie die Schaffung eines klimaangepassten Raumes und die geplante Verkehrsberuhigung. In der Fraktion Grünes Bündnis hatten wir lange über die Rückweisung diskutiert. In unserer Fraktion unterstützt ein Teil der Mitglieder den Rückweisungsantrag, ein Teil lehnt ihn jedoch ab.

Bei einer Ablehnung ist zu befürchten, dass es ein langes Rechtsverfahren gibt. Gemäss Aussage vom Heimatschutz und von der Stiftung Landschaftsschutz werden sie das Rechtsverfahren bis ans Bundesgericht weiterziehen. Wir wissen nicht, wie lange das Verfahren dauert. Mit Anpassungen könnte das Projekt breiter abgestützt werden. Ein Kompromiss wäre mit wenig Aufwand zu erreichen. Von Landschaftsschutz, Heimatschutz und der IG gibt es die Rückmeldung, dass der Rückweisungsantrag in die richtige Richtung geht. Wenn die Detailplanung entsprechend ihren Forderungen angepasst wird, sind die beiden Stiftungen, Landschaftsschutz und Heimatschutz bereit, ihre Einsprachen zurückzuziehen. Damit würde natürlich das ganze Projekt aufgrund der rechtlichen Sicherheit beschleunigt. Soweit die Argumente der BefürworterInnen der Rückweisung.

Diejenigen, welche die Rückweisung ablehnen, sagen, das ganze Projekt sei schliesslich in einem formell korrekten Verfahren abgelaufen. Zusätzlich wurde die Bevölkerung einbezogen. Die Unterstützung für das vorliegende Projekt ist also vorhanden. Den Anliegen der Gegnerschaft wurde entgegengekommen. Der Gemeinderat hat keineswegs stur an seiner Version festgehalten. Das Projekt würde durch weitere Anpassungen zu stark verändert.

So wie das Projekt jetzt vorliegt, würden wir es in unserer Fraktion einstimmig unterstützen. Es geht um die Frage, ob wir einen Kompromiss eingehen sollen, um das Projekt noch etwas breiter abzustützen oder ob mit der Rückweisung ein Scheitern des Projekts riskiert wird, weil es zu stark verändert wurde.

**Briechele Dennis, Fraktion GLP+:** Die Fraktion GLP+ hat sich in Vergangenheit wiederholt kritisch geäussert zur Strassengestaltung in Biel. Wir haben damals die Oberflächengestaltung der Esplanade bekämpft und zur Ablehnung empfohlen. Wir haben den ursprünglichen Joran-Platz bekämpft und dafür gesorgt, dass die grossen Platanen auf diesem Platz erhalten bleiben. Entsprechend erfreut haben wir das Projekt zur Neugestaltung des Unteren Quais verfolgt. Ein Paradigmenwechsel der Strassengestaltung war überfällig. Anstatt den Strassenraum generell zu asphaltieren und sich dann zu überlegen, wo noch der eine oder andere Baum aus einem Loch ragen kann, wurde hier der Ansatz verfolgt, den Bodengrund unversiegelt zu lassen und nur die Flächen, welche effektiv als Fahrbahn benötigt werden zu asphaltieren. Einen Ansatz, welchen wir voll und ganz begrüessen.

Zur Beurteilung des vorliegenden Rückweisungsantrags werfe ich einen Blick zurück. Das vorliegende Projekt entspringt einem Ideenwettbewerb aus den Jahren 2020 und 2021. Seither hat es beträchtliche Entwicklungsschritte durchgemacht. Das obsiegende Projekt von 2021 war in der Tat sehr verspielt. Stark mäandernde Wege, wurden teilweise in zwei Äste getrennt und wieder zusammengeführt. Beidseitig wurde der Quai von dichter Vegetation eingerahmt. Diese ursprüngliche Version erinnerte mehr an einen Park als an einen Strassenraum. Seither ist viel Wasser die Schüss heruntergeflossen. Bereits für die Projektierung, welche dem Stadtrat im Juni 2022 vorlag, wurde das Projekt etwas geglättet. Im Baugesuch, das im September 2023 aufgelegt wurde, hat sich das Projekt dann weiter konkretisiert und die vieldiskutierte Strassenführung wurde deutlich gezähmt. Die Strasse auf der Nordseite ist nur noch



leicht gewellt, auf der Südseite gar nicht mehr. Auch die Vegetation wurde deutlich zurück gestutzt. Am heute vorliegenden Projekt hat der Gemeinderat weitere Änderungen vorgenommen, um die KritikerInnen zu besänftigen. Diese Schritte stehen im Einklang mit dem partizipativen Charakter, mit welchem dieses Projekt vorangetrieben wurde. Auch diesen Aspekt weiss unsere Fraktion zu würdigen.

Der Gemeinderat möchte nicht einfach sein Projekt durchziehen, sondern ist bereit, dieses aufgrund der verschiedenen vorgebrachten Bedürfnisse und Einwände anzupassen und weiterzuentwickeln. Das vorliegende Projekt hat sich laufend weiter weiterentwickelt. Meine Einschätzung ist, dass es nun als Kompromiss zwischen verschiedensten Interessen betrachtet werden kann. Trotzdem diskutieren wir heute über die Rückweisung. Die Bewahrer des Heimatschutzes bleiben hartnäckig bei ihrem Einwand. Dazu gehen die Meinungen auseinander und auch bei uns in der Fraktion sind beide Meinungen vertreten. Die einen finden, das Projekt hat sich schon deutlich gewandelt und sich den Anliegen des Heimatschutzes angenähert. Letztendlich ist ein Kompromiss ein Geben und Nehmen und im vorliegenden Projekt gelungen. Die Anliegen aller Seiten werden aufgenommen und wir sind der Meinung, das kann so realisiert werden.

Es gibt aber auch diejenigen, welche die geäußerte Opposition als sehr gewichtig erachten und das Projekt als Ganzes nicht gefährden möchten. Das Projekt sollte nicht durch, allenfalls auf gerichtlichem Weg erzwungene Korrekturen oder durch eine gescheiterte Volksabstimmung aufgrund der grossen Opposition gefährdet werden.

In der Vision 2030 wird Biel als Stadt der Möglichkeiten beschrieben. Sie will eine Stadt, wo Neues kreiert wird, mutige freche und unorthodoxe Lösungswege möglich sind, sein. Dafür steht auch die Fraktion GLP+ ein. Die Dinge müssen nicht ewig gleich sein und konserviert werden. Sie dürfen sich auch verändern. Der Entwurf ist ein gelungener Mix eines ökologischen, gestalterisch und verkehrlich fortschrittlichen Projektes, das respektabel eingebettet ist in einer historischen Stadtstruktur. Die Mehrheit der Fraktion GLP+ ist deshalb der Meinung, dieses Projekt zu wagen und anzugehen und lehnt die Rückweisung ab.

**Roquet Hervé, au nom du Groupe PSR:** Le PSR est clairement contre la demande de renvoi. La population a le droit de se prononcer sur ce projet, l'aménagement a été créé avec un processus de participation qui était long et de qualité. Le projet a été révisé et les critiques ont pu être prises en compte. Je pense qu'on ne peut pas l'améliorer en le repoussant sans cesse dans le seul but de transformer ce projet qui ne répondrait plus aux attentes de la population.

C'est, je pense, une erreur de ne pas faire confiance à la population qui doit maintenant trancher. On trouve le projet bon et de qualité. On aimerait bien discuter avec vous du projet lui-même mais pas encore reporter cette discussion à plusieurs mois ou plusieurs années alors que cela fait déjà 4 ans, que le processus participatif a commencé. La population biennoise a le droit de se prononcer sur ce projet. C'est pourquoi je vous invite à ne pas reporter le vote sur cet aménagement.

**Koller Levin, Fraktion SP/JUSO:** Die Fraktion SP/JUSO unterstützt das vorliegende Projekt einstimmig. Dass wir das Projekt heute unterstützen, hängt damit zusammen, wie es sich in den letzten zwei Jahren entwickelt hat. Mein Vorredner hat bereits gesagt, dass wir anlässlich des Projektierungskredits das letzte Mal darüber diskutiert haben. In den Projektentwürfen des Architekturwettbewerbs war noch ein halber Wald entlang des Quais vorgesehen und die Pläne waren sehr chaotisch. Die Fraktion

SP/JUSO hat diese Pläne damals stark kritisiert und Verbesserungen gefordert. Eine direkte Veloroute ohne Slalomfahren mit Trennung von Fuss- und Veloverkehr, ausreichende Fahrbahnbreite auf beiden Seiten und einen neuen Platz, der nach einer Frau benannt wird. Nun zwei Jahre später stellen wir fest, der Gemeinderat hat seine Aufgaben gemacht. Er hat das Projekt angepasst und ist uns sowie anderen Interessengruppen entgegengekommen.

Heute liegt uns ein überarbeitetes Projekt vor und wir finden, dass es ein gutes Projekt ist, obwohl es für niemanden eine hundertprozentige Maximalvariante darstellt. Ich finde es zum Beispiel schade, dass auf der Karl-Neuhausbrücke keine permanenten Schattenspenden mehr vorgesehen sind, aber schlussendlich bringt dieses Projekt trotzdem viele verschiedene Anliegen unter einen Hut. Bei dem vorliegenden Ausführungsprojekt handelt es sich, und das wurde bereits gesagt, ganz klassisch um ein Kompromissprojekt. Aus diesem Grund sind wir der Meinung, dass das ursprüngliche Projekt genügend angepasst wurde, weshalb wir den Rückweisungsantrag heute nicht unterstützen.

**Hamdaoui Mohamed, Le Centre:** Depuis que je suis au Conseil de ville, les principaux grands projets urbanistiques qui ont été présentés ont tous échoué. Je vous en cite quelques uns:

Place de la Gare: faute de compromis, les oppositions se sont succédées.

Place du Marché-Neuf: faute de compromis, faute de discussions dignes de ce nom, le projet a échoué.

AGGLOlac: Cher Hervé on n'a même pas accepté de le soumettre au peuple parce que le projet n'était pas assez bon.

Le résultat est que la Place de la Gare, ça fait 10 ans que ça dure et cette place est d'une mocheté absolument stratosphérique. La place du Marché-Neuf ne donne même pas envie d'y aller y jouer de la pétanque tellement c'est dégueulasse. Je pense que l'être humain aura marché sur la lune avant qu'il ne se passe quelque chose sur le terrain d'AGGLOlac. Alors maintenant, la question qui se pose, c'est est-ce qu'on veut prendre le risque d'avoir à nouveau un échec populaire car il est programmé. Ou alors, en cas d'acceptation, le risque est aussi programmé que les oppositions aboutiront et on va retourner à la case départ. J'aimais bien jouer à « Eile mit Weile » lorsque j'étais petit mais en politique cela ne me plaît pas du tout. Pour ces raisons-là, on a une proposition de renvoi qui nous permettrait d'avoir un compromis digne de ce nom afin d'éviter d'essuyer un nouvel échec devant le peuple. J'en ai un peu marre d'être dans une ville où aucun projet urbanistique ne passe car on n'est pas capable de faire des compromis et de s'écouter.

**Schiess Christophe, Les Vert·e·s:** Je parle ici en tant qu'orateur individuel mais j'aimerais quand même aussi prendre mes responsabilités en tant que chef de groupe. En effet, notre Groupe a décidé d'avoir une posture ouverte sur ce projet et cela peut interroger. J'assume et réaffirme cette posture ouverte quant à l'opportunité d'un renvoi de notre groupe précisément parce que le projet nous tient à cœur. Il y a de très bonnes raisons pour un renvoi, beaucoup d'entre nous en sont convaincus. Il y a aussi de très bonnes raisons pour voter au mois de juin, beaucoup d'entre nous en sont convaincus. La plupart des gens dans notre groupe se demandent encore maintenant quelle est l'option à choisir. Le Conseil municipal a bien fait son job et nous, nous faisons le nôtre. Mon job, ces derniers mois, a été de discuter avec des gens plutôt critiques par rapport au projet. Il s'agit de personnes qui sont informées, qui ont des impressions et aussi

qui sont formés. Je suis convaincu que le renvoi tel que formulé aujourd'hui par le PRR ne se dirige pas contre le projet. C'est un renvoi qui est de nature à renforcer le projet qui pourrait aussi et surtout renforcer le soutien de la population. Pour cela, certaines conditions doivent être remplies. Il faudrait donc se décider.

Il y a, d'une part, des éléments factuels comme le rapport que nous avons tous lu. C'est un excellent travail préparatoire qui a été fait pour finalement aboutir au projet sur lequel nous nous prononcerons peut-être tout à l'heure. Il y a aussi le recours de certaines organisations qui a été évoqué. Certains recours ont été retirés, comme celui de Pro Vélo, car le Conseil municipal a trouvé un compromis. Il y a aussi le texte même du renvoi que l'on a sous nos yeux qui est un élément factuel. Il y a encore l'argumentaire des pétitionnaires que nous avons reçu il y a 2 semaines. Tous ces éléments nous permettent de nous faire un avis mais il y a une chose capitale à encore prendre en compte, je l'appellerais la confiance. Je dois vous dire que je n'ai pas confiance dans le fait que les personnes qui aujourd'hui critiquent et rejettent le projet seraient satisfaites dans quelques mois par les modifications présentées suite à ce renvoi éventuel. Pour moi, ça détermine le fait que je refuserai cette demande de renvoi. Pour étayer ma position je vais me baser sur l'argumentaire que nous avons reçu des pétitionnaires, il y a environ 2 semaines.

En fait, c'est un texte qui point par point critique le projet fondamentalement et n'est pas constructif, qui dit exactement comment ça devrait être. J'ai juste l'impression que les personnes qui ont écrit ce texte, même si on fait encore des pas dans leur direction, ne bougeront pas d'un centimètre. C'est mon sentiment, je le dis maintenant, c'est peut-être un peu dur. Après un tel texte, j'aurais trouvé tout à fait légitime logique que la conclusion soit de refuser le projet complètement, mais ils demandent simplement un renvoi. J'ai confiance aussi en la population biennoise et je pense qu'elle approuvera ce projet dans quelques mois. Il n'y a pas de garantie mais je suis convaincu que nous avons de très bons arguments à faire valoir.

C'est un projet qui renforce la mobilité active, qui est fort en termes de protection mais aussi d'adaptation climatique pour l'attractivité de la ville. C'est enfin un projet qui tient compte de l'esprit du lieu qui ne le dénature pas. J'aimerais citer un compositeur car je suis musicien, donc je suis un peu moins dans le monde de l'esthétique visuel. Monsieur Igor Stravinski, un grand compositeur, disait : « la tradition n'est pas le témoignage d'un passé révolu. La tradition est une force vivante qui informe le présent ».

**Tennenbaum Ruth, Passerelle:** Wie mein Vorredner habe auch ich etwas Mühe mit dem Rückweisungsantrag. Ich denke, wir haben ein gutes Projekt auf dem Tisch, das mit grossem Einbezug von Interessengruppen und der Bevölkerung erarbeitet wurde. Ich fühle mich ein bisschen wie in der Zwangsjacke von zwei Organisationen, die einfach ihren Willen durchdrücken wollen und das stört mich enorm an dieser ganzen Geschichte.

Ich empfehle der Fraktion PRR den Rückweisungsantrag zurückzuziehen und dafür im Beschlussentwurf dem Gemeinderat im Sinne eines Postulats einen Prüfauftrag zu erteilen, wie die aufgeführten Punkte realisiert werden können. Damit werden die Anliegen deponiert aber das Projekt käme nicht zu einem Stillstand. Zudem bleibt die Kostenfrage. Jede Verlängerung eines solchen Projektes kostet nur mehr Geld. Sie sind ja auch dafür, dass wir nicht noch mehr Geld ausgeben. Also bitte, überlegen Sie sich das noch einmal.

**Clauss Susanne, SP:** Ich wiederhole nicht, was bereits gut formuliert wurde. Es wurde eine saubere Partizipation durchgeführt. Es ist ein Projekt für die Menschen, die in dieser Stadt leben und nicht für die Architekten oder für den Heimatschutz. Die Bevölkerung soll sich wohlfühlen, das muss unser Ziel sein. Der Untere Quai muss saniert werden. Da führt kein Weg daran vorbei.

Die Bevölkerung sagt, sie möchte viele unterschiedliche Möglichkeiten für Mikroaufenthalte, um in ansprechenden Räumen Aktivitäten entwickeln zu können. Sie möchte Ambiente, das durch Mobiliar verstärkt wird und den Ort durch die Wiederherstellung historischer Spazierwege weniger asphaltiert gestalten. Die Schwammstadt muss umgesetzt werden und der Asphalt muss weg. Der Heimatschutz hat das üppige Grün bereits wieder gekappt, aber eigentlich wollen die Menschen viel Grün in der Stadt. Eine Platzgestaltung ohne Grün wird stark kritisiert.

Ich denke, der Gemeinderat hat dieses Projekt sauber aufgegleist. Er ist auf die PetitionärInnen zugegangen und hat mit ihnen einen Kompromiss ausgehandelt. Wir sollten jetzt den Mut haben, das Projekt an die Volksabstimmung zu bringen. Die Fraktion PRR sollte ihren Antrag zurückziehen.

**Hamdaoui Mohamed, Le Centre:** Avant de passer à un vote, il faut se demander s'il y a le feu au lac. C'est vraiment ça l'enjeu ce soir. A titre personnel, je n'ai aucun problème avec ce projet. Au mois de juin, je pourrai le voter sans difficulté mais je me rends compte que le risque d'échec devant la population est vraiment immense. De plus, même si le projet était accepté par miracle par le peuple, vu le nombre d'oppositions, il pourrait échouer sur le plan judiciaire. Cela voudrait dire que l'on a perdu des années pour rien parce qu'à ma connaissance, il n'y a pas de plan B immédiat. Tandis qu'avec la proposition de renvoi, ça nous permet pendant quelques mois de retravailler ce projet et c'est surtout un signal important qui est donné aux opposants pour leur dire que nous comprenons qu'il y a un problème. Il y aurait là un geste de notre part dans leur direction qui permettrait peut-être qu'ils fassent aussi un pas dans notre direction. Je vous le dis franchement, je suis absolument convaincu que ce projet, devant le peuple, n'a aucune chance même si je serais prêt ce soir à l'approuver.

**Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** Das vorliegende Geschäft hat eine bewegte Geschichte hinter sich und entsprechend ist auch die Debatte heute bewegt. Die Vorgeschichte, wurde von verschiedenen Sprecherinnen und Sprechern dargelegt. Der Wettbewerbssieger bildete die Grundlage für das heute vorliegende Projekt. Seither hat es einen grossen Wandel durchgemacht. Die Aufträge des Stadtrats haben wir entsprechend umgesetzt. Ein solches Projekt, und das ist wichtig, ist immer ein Kompromiss, ein Kompromiss zwischen verschiedenen Anspruchsgruppen und teilweise auch individuellen Ansprüchen an den öffentlichen Raum. Unsere Aufgabe ist es, die verschiedenen Anliegen möglichst zusammenzubringen und ein Projekt zu erarbeiten, das funktioniert. Es wurde gesagt, dass nie alle zu 100% zufrieden sein werden. Das muss so sein, weil wenn eine Gruppe zu 100% zufrieden ist, ist davon auszugehen, dass ein grosser Teil stark unzufrieden sein wird, da nur auf einen Bereich fokussiert wurde. Mittels Partizipation wurde zusammen mit der Bevölkerung ein tragbarer Kompromiss erarbeitet. Jetzt einseitig auf gewisse Anliegen einzugehen, findet der Gemeinderat nicht richtig

Mit den PetitionärInnen haben wir das Gespräch gesucht. Nach zehnstündigen Verhandlungen mit den Petitionärinnen und Petitionären sind wir einen Schritt

entgegengekommen. Im aktuellen Projekt wurden die Anliegen, welche ohne grösseren planerischen und finanziellen Aufwand möglich sind, aufgenommen.

Zum Rückweisungsantrag: Aus unserer Sicht wurden alle Forderungen, welche ohne grössere finanzielle Mittel und Verzögerung machbar sind, bereits in das Projekt aufgenommen. Inhaltlich wurde zum Rückweisungsantrags bis jetzt nicht viel debattiert, es ging vor allem um Taktik und darum, wie eine Abstimmung zu gewinnen ist.

Der Gemeinderat ist vom Projekt überzeugt; damit ist eine Abstimmung zu gewinnen. Zur Frage der Allee und zu den Bäumen: Die Bäume bleiben stehen. Wir arbeiten in diesem Projekt mit dem Bestand. Die Allee soll nicht nur bewahrt, sondern noch weiter bestückt werden. Die heutigen Lücken werden wieder aufgefüllt. Die Allee wird mit Bepflanzungen ergänzt, was einem breiten Bedürfnis der Bevölkerung entspricht. Kranke Bäume müssen wir ersetzen, aber das ist alles. Die Birken, welche heute da sind, werden nicht mehr ewig lange überleben im Klimawandel. Prospektiv, im Sinne einer Planung wurden bereits neue Ersatzbäume gezüchtet damit nicht mit einem kleinen neuen Baum angefangen werden muss. Das ist auch bereits im Projekt integriert. Eine weitere Reduktion der Bäume sieht der Gemeinderat als nicht realistisch und wurde vor allem in der Partizipation auch nicht gefordert.

Bei den Grünflächen besteht ein Zusammenhang mit der Schwammstadt. Ich bin froh, von links bis rechts im Stadtrat zu hören, dass das Schwammstadtprinzip nicht in Frage gestellt wird. Dieses Prinzip wird angewendet und ist eine gute Antwort für die Anpassung an den Klimawandel. Es erlaubt, das Wasser vor Ort zu behalten und die Beanspruchung der Kanalisation zu reduzieren, was insbesondere im Hinblick auf die zunehmenden Starkregenereignisse wichtig ist. Um das Schwammstadtprinzip umzusetzen, braucht es eine entsprechende Grünfläche. Es braucht nicht nur Bäume, sondern mehr Grünbereiche, welche in der Lage sind, das gespeicherte Wasser zu verbrauchen. Wenn das Wasser fehlt, funktioniert der Schwamm im Boden schlussendlich auch nicht mehr. Wir sind hier bereits einen Schritt entgegengekommen. Aus Sicht des Gemeinderats ist eine weitere Reduzierung der Grünfläche nicht möglich ohne die geplante Schwammstadt zu gefährden.

Zur Frage der Strassengestaltung im Nordteil: Gefordert wird eine Begradigung und eine Breite von vier Metern. Im vorliegenden Projekt misst der Strassenraum bereits vier Meter. Wir sprechen von dreieinhalb Metern betonierte Strasse plus die Bordüre von 50 cm als Übergang zum entsiegelten Bereich. Der entsiegelte Bereich kann ebenfalls als Strasse genutzt werden. Die Idee des Projekts ist es, dass die entsiegelten Flächen belebt werden können. Sie sind so gestaltet, dass sie begangen werden können. Dort wo keine Bepflanzung vorgesehen ist, sind sie mit Rollstühlen und Kinderwagen befahrbar. Dies wurde mit den Vertretungen der Behindertenorganisationen so abgesprochen. Der Rückweisungsantrag wirft die Frage der Durchgängigkeit im Bereich des Geländers auf. Auch dieser Punkt ist im heute vorliegenden Projekt bereits berücksichtigt. Darin sind wir den Forderungen bereits entgegengekommen. Der Rand entlang dem Gelände ist, wie heute, begehbar. Insofern ist dieser Punkt ebenfalls bereits erfüllt.

Noch kurz eine allgemeine Einordnung zum Prozess: Es ist wichtig, dass wir jetzt den politischen Entscheid fällen und das Projekt weitertreiben. Hoffentlich liegt am Schluss auch ein Ja der Bevölkerung vor. Wir wollen nicht weitere Kosten in die Planung investieren, ohne zu wissen, wie die Bevölkerung zum Projekt steht.

Soweit von meiner Seite die inhaltliche Einordnung des Rückweisungsantrags. Ich bitte Sie inständig, diesem nicht zuzustimmen und das Projekt zuhanden der Stimmbevölkerung weiterzuempfehlen. Ich übergebe das Wort gerne noch an den Stadtpräsidenten für Ergänzungen insbesondere zur Frage betreffend die Einsprachen,

**Fehr Erich, Stadtpräsident:** Zuerst einmal besten Dank allen für die Würdigung des Berichts. Zu würdigen ist auch der partizipative Prozess, der ja gerade vom Stadtrat immer wieder gefordert wird. Im vorliegenden Projekt wurde er wirklich exemplarisch umgesetzt. Ich bedaure natürlich, dass gewisse Leute, obwohl sie dies anerkennen, trotzdem für die Rückweisung sind. Eigentlich sollten wir inhaltlich miteinander diskutieren.

Bevor ich zur Frage der Einsprachen komme vielleicht noch eine Bemerkung: Wiederholt wurde gefordert, dass ein Kompromiss zu suchen ist. Herr Hamdaoui hat das explizit gesagt und andere Stadtratsmitglieder auch. Meine Damen und Herren, das müssen Sie nicht dem Gemeinderat sagen, sondern den Vertretern des Petitionskomitees. Der Gemeinderat ist ihnen einen weitgehenden Schritt entgegengekommen, trotzdem haben sie die ausgestreckte Hand ausgeschlagen. Sie wollen bis vor Bundesgericht gehen, dann gehen wir halt vor Bundesgericht. Es ist zwar nicht das Ziel und braucht viel Zeit und Energie, aber Kompromisse bedingen, dass sich alle bewegen. Was mich stört am Schreiben, welches das Petitionskomitee den Stadtratsmitgliedern hat zukommen lassen und welches der Gemeinderat erst nach Einforderung erhalten hat, ist das Thema Finanzen. Im Rahmen der Verhandlungen wurde vom Petitionskomitee explizit erklärt, dass die Finanzfrage geklärt sei. Ich muss schon sagen, so ist es halt schwierig, einen Kompromiss zu finden. Lassen wir den obersten Schiedsrichter, sprich das Volk, entscheiden.

Wenn ich gerade bei den Finanzen bin, weise ich noch darauf hin, dass mit einem Scheitern des Geschäfts CHF 1,2 Mio. an bisher aufgelaufenen Kosten versenkt werden. In diesen Kosten enthalten ist die Partizipation. Es scheint mir ganz wichtig, dass die Bevölkerungspartizipation ernst genommen wird. Diese ist gleich zu gewichten wie die Einwände der Fachorganisationen.

Ihnen liegt heute eine tolle Lösung für den Unteren Quai vor, welcher ein wichtiger Ort ist in der Stadt Biel. Er soll jetzt für das 21. Jahrhundert fit gemacht werden. Das Projekt nimmt die historische Bedeutung mit, reagiert aber trotzdem auch auf die veränderten Bedürfnisse. Um das Projekt zu realisieren, müssen CHF 1,1 Mio. in die Hand genommen werden. Eine Ablehnung bedeutet den Verlust von CHF 1,2 Mio. Eine einfache Sanierung würde die schrägen Trottoirs nivellieren, was aufgrund des Zustands des Untergrunds je nachdem irgendwo zwischen CHF 2,5 und 3,5 Mio. kosten würde. Gesamthaft ergeben sich ungefähr CHF 3,7 bis 4,7 Mio. ohne Beitrag aus dem Agglomerationsprogramm, weil kein Mehrwert und keine Verbesserung erzielt wird. Ich mache diese Rechnung für all jene, welche sich um das Geld Sorgen machen. Die Rückweisung wäre ein extremer finanzieller Schildbürgerstreich meine Damen und Herren, das muss ich also schon so sagen! Diejenigen, welche unnötige Kosten vermeiden wollen, müssen dem Geschäft jetzt zum Durchbruch verhelfen, auch in der Volksabstimmung. Die Direktorin Bau, Energie und Umwelt hat Ihnen gesagt, dass wir bei der Planung sehr zurückhaltend vorgehen und jetzt den Entscheid der Bevölkerung suchen. Von verschiedenen Rednerinnen und Rednern wurde gesagt, dass das vorliegende Projekt gut ist. Es hat eine Entwicklung durchgemacht und die Forderungen des Stadtrats wurden erfüllt. Für den Stadtrat gibt es deshalb keinen Grund, das Geschäft jetzt zurückzuweisen.

Ein weiterer wichtiger Punkt sind die Einsprachen: Ein Restrisiko bleibt immer, aber das Projekt wurde, wie bereits gesagt, nach den SIA-Regeln geplant. Darum sind wir auch ein bisschen erstaunt, dass die lokale Sektion des SIA gegen das Projekt mobilisiert hat. Dass, obwohl die Normen einer Organisation eingehalten werden, diese nachher das Projekt kritisiert – egal ob lokal oder national, es ist der gleiche Verein – ist störend. Die kantonale und die städtische Denkmalpflege waren involviert und haben klar ihr OK signalisiert. Damit gibt es unterschiedliche Expertenmeinungen.

Herr Paronitti scheint darüber sehr viel zu wissen. Ich wusste nicht, dass Sie primär über Baurecht Urteile fällen. Ich dachte, Sie sind eher in anderen Rechtsgebieten unterwegs. Es gibt auch in der Rechtsprechung gewisse Grauzonen beispielsweise zu den Fragen, was mit Blick auf Ortsbildschutz, ISOS, Denkmalpflege und so weiter verträglich ist. Ein Zeichen vom Stadtrat und der Bevölkerung, dass sie dieses Projekt wollen, ist eine wichtige Botschaft. Die Zustimmung kann Ermessens- und Interpretationsspielräume beeinflussen.

Wenn Sie der Rückweisung jetzt zustimmen, verzögern Sie das Projekt. Es werden Umplanungskosten anfallen, welche das Projekt verteuern und im Rahmen der Agglomerationsgelder nicht zusätzlich abgeholt werden können. Für den Gemeinderat ist entscheidend, dass auf den Klimawandel reagiert wird. Das Projekt bietet viele Elemente in Bereichen, welche immer wieder im Stadtrat mittels erheblich erklärter Vorstösse gefordert werden. Hier können jetzt die Anliegen umgesetzt werden. Ehrlich gesagt, verstehe ich nicht, warum die ökologisch orientierten Parteien im Stadtrat offenbar beide nicht einstimmig hinter diesem Projekt stehen. (*Zwischenrufe*)

Ce projet répond à de nombreux éléments que vous revendiquez toujours. J'en suis persuadé. Il tient compte des besoins du changement climatique. Ville-éponge, plus de verdure, plus pour les vélos, ce sont des éléments qui sont présents. C'est pour cela qu'il n'y a pas de raison de retarder le projet. C'est un projet avec lequel le Conseil de Ville et le Conseil municipal peuvent montrer qu'ils prennent au sérieux les revendications de la population dans ce domaine.

Soweit die Situation. Eine Rückweisung schiebt das Geschäft auf die lange Bank.

**Scheuss Urs, Grüne:** Ein paar Sachen muss ich korrigieren. Meine Rückweisung ist keine Ablehnung. Der Stadtpräsident sollte inzwischen den Unterschied kennen. Eine Ablehnung heisst, das Geschäft ist vom Tisch. Eine Rückweisung heisst, nach einer Überarbeitung wird das Geschäft erneut dem Stadtrat vorgelegt. Ich hatte vorhin gesagt, es geht um eine Anpassung, die relativ einfach zu machen ist. Auf dem Zeitplan ist ersichtlich, dass für die Detailplanung mehr als ein Jahr eingeplant ist. Mehrere 100'000 Franken sollen dafür noch investiert werden. Anpassungen sind also noch möglich. Im Herbst 2024 könnte das Geschäft dem Stadtrat noch einmal vorgelegt werden und im März 2025 die Bevölkerung darüber abstimmen. Die aktuelle Planung sieht vor, dass die Baubewilligung noch vor Ende 2024 vorliegt. Wenn die Einsprachen weitergezogen werden, sehe ich nicht, dass die Baubewilligung bis dahin vorliegt. Das wird noch etwas länger dauern und dann haben wir wirklich eine lange Verzögerung.

Ich komme zum Vorwurf, dass die Grünen hier ein Projekt verhindern, das eigentlich ihren Zielen entspricht. Das Gegenteil ist der Fall! Ich wollte vorhin aufzeigen, dass es für uns schwierig war. Die Fraktion GLP+ hat die gleiche Diskussion geführt. Wie bringen wir es hin, dass dieses Projekt durchkommt. Wenn es abgelehnt wird, hätten wir nach dem Bahnhofplatz, dem Neumarktplatz und AGGLOlac ein weiteres Trauma in Biel. Das fände ich schlimm, vor allem bei einem solchen Projekt, das viele gute und wichtige Elemente beinhaltet. Wir sollten den Mut haben, über den Schatten springen

und nochmals versuchen, einen letzten Kompromiss einzugehen. Gewisse Aussagen vom Stadtpräsidenten finde ich etwas daneben.

**Arnold Niels, GLP:** Ich richte mich direkt an Herrn Scheuss. Zuerst lege ich meine Interessenbindung offen: Ich bin Co-Präsident von Pro Natura Seeland zusammen mit Julien Stocker. Das Projekt ist noch nicht gebaut. Ich will damit sagen, was wir hier beschliessen, ist noch nicht abschliessend. Ich werde dem Antrag des Gemeinderats folgen.

**Eggli Roland, GLP:** Grundsätzlich bin ich gleicher Meinung wie Herr Scheuss. Eine gerichtliche Konfrontation zieht nicht nur eine Verzögerung nach sich, sondern auch Kosten. Das finde ich ein bisschen schade. Mit einer Zustimmung zum Projekt heute Abend und der anschliessenden Volksabstimmung gewinnen wir nichts, wenn wir damit rechnen müssen, dass sich daraus ein Riesenrechtsstreit ergibt.

**Frank Lena, Direktorin Bau, Energie und Umwelt:** Vielleicht war ich vorhin zu wenig deutlich. Aus Sicht des Gemeinderats wurden dort Anpassungen gemacht, wo sie ohne grösseren Aufwand möglich waren. Das heisst, im Rahmen des Kompromissvorschlags, welcher jetzt vorliegt, wurden die geforderten Anpassungen vorgenommen, ohne noch mehr Geld und Zeit zu investieren und um weiterzukommen. Damit genügen wird den Ansprüchen und erfüllen die Ziele des Projekts. Ich betone nochmals, ob die Schwammstadt realisiert werden kann, wenn weitere Anpassungen gemacht werden, können wir heute nicht sagen. Dazu sind vertiefte Planungen notwendig. Es ist jedoch davon auszugehen, dass dem Stadtrat irgendwann in Zukunft nicht mehr das gleiche Projekt vorgelegt wird, weil eine Umsetzung in diesem Rahmen nicht mehr möglich sein wird.

## **Abstimmung**

- über den Rückweisungsantrag der Fraktionen PRR und FDP.

**Der Rückweisungsantrag wird abgelehnt.**

**Loderer Benedikt, Stadtratspräsident:** Ich schlage vor, die Sitzung für heute zu schliessen. Wir sehen uns morgen wieder.



**Schluss der Sitzung / Fin de la séance: 22:50 Uhr / heures**

---

**Der Stadtratspräsident / Le président du Conseil de ville:**

Loderer Benedikt

**Die stv. Ratssekretärin / La secrétaire parlementaire suppléante:**

Isabelle Egger

**Protokoll:**

Flückiger Rita

Scheurer Nathalie

**Procès-verbal:**

Pinto Bernardino Floriane